

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stünning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 66.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitzeile oder deren Raum 20.-

Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halten Eueren im Kampf liegenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Pfingsten im Zeichen der Aussperrung. — Sicherung der Bauforderungen. — Wirtschaftliche Mundäschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Belanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Zentralzeitliche Feierlichkeit. — Zentralkrankenkasse: Zustiftung. Aus den Verwaltungsstellen. Sterbblatt „Grundstein zur Einigkeit“. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitsstörung, Submissionsen u. v. — Aus anderen Berufen. — Gewerbl. Rechtsfälle und Arbeiterverhinderung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefe. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Vollendung des Croton-Nebertoiles.

Pfingsten im Zeichen der Aussperrung.

Die Würfel sind gefallen. Am Dienstag der vorigen Woche hat eine außergewöhnlich gut besuchte Versammlung unseres Berliner Zweigvereins fast einstimmig, wiederum beschlossen, den Schiedsspruch des Einigungsantestes abzulehnen. Diesen Beschluss hat der Unternehmerverband, wie für jeden Kenner der Verhältnisse von vornherein feststand, als Kriegserklärung aufgenommen und mit einem Aussperrungsbeschluss beantwortet. Zunächst am Pfingstabend, sollen sämtliche Maurer, Zimmerer und Bauhülfearbeiter Groß-Berlins ausgepeppt werden.

Nach der von uns in Nr. 18 unseres Blattes erörterten Verwerfung des Schiedsspruches seitens unserer Kollegen, haben Bau- und Zweigvereinsvorstand nochmals eindringlich versucht, ihren Standpunkt, Annahme des Schiedsspruches, zur Geltung zu bringen. Diesem Bemühen blieb jedoch der Erfolg versagt. In einer Vertrauensmännerversammlung am 4. Mai, wo das Für und Wider nochmals recht eingehend, unter Würdigung aller Konsequenzen erwogen wurde, war es der Zweigvereinsleitung nur möglich, ein oder zwei Vertrauensmänner von 106 anwesenden, für die Annahme des Schiedsspruches zu gewinnen. Damit war sein Schicksal besiegt, damit war aber auch die fernere Stellungnahme des Gesamtverbandes und seiner Organe gegeben. Die Zweigvereinsleitung mußte nun — allerdings unter Wahrung ihres Standpunktes — ihren Widerstand aufgeben und aus eigener Initiative der nachfolgenden Versammlung empfehlen, den Schiedsspruch abzulehnen. Das hat sie getan, und sie wird nunmehr mit dem Verbandsvorstand und allen Kollegen ihr Bestes einsetzen, um die Ausgeperchten zum Sieg zu führen.

Zu der Versammlung unserer Kollegen wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß sie geneigt seien, in weitere Unterhandlungen mit den Unternehmern einzutreten und einen Vertrag abzuschließen, wenn innerhalb der dreijährigen Vertragsdauer eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und eine entsprechende Lohn erhöhung festgesetzt werde. Der Vorstand des Unternehmerverbandes hat aber unter dem 8. Mai geantwortet, daß er weitere Verhandlungen für aussichtslos hält und sie mit der Bushrist abbreche. Gleichzeitig wurde die vereinbarte Verlängerung des bisherigen Tarifs seitens des Unternehmerverbandes zum 11. Mai, Nachmittags 5 Uhr, für aufgehoben erklärt.

In der Generalversammlung des Unternehmerverbandes am 10. Mai brachte der Vorführer desselben, Maurermeister Heuer, die Stimmung der Versammlung dahin zum Ausdruck, daß „die Arbeitgeber unbedingt daran festhalten, daß während der dreijährigen Dauer des Tarifs keine Verkürzung der Arbeitszeit

zu gewähren sei.“ Insofern mache Heuer ein Loch auf, als er es dahingestellt ließ, ob bei Ablauf eines neuen Tarifs (nach drei Jahren) eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich sei. Habe sich Berlin inzwischen so (wie bisher) weiter entwickelt und hätten sich somit die Entfernung noch vergrößert, so könne man dann allerdings der Frage vielleicht nähertreten. An dem „prinzipiellen Punkt“ scheint also der Vorstand des Unternehmerverbandes doch nicht mehr festhalten zu wollen. Nach kurzer Debatte wurde der Aussperrungsbeschluss einstimmig angenommen mit dem Zusatz, daß auch die Unternehmer die Annahme des Schiedsspruches zurückziehen. Neue Arbeitskräfte an Stelle der Ausgeperchten sollen vorläufig nicht angenommen werden.

Ob es dem Unternehmerverband gelingt, seinen Aussperrungsbeschluss in Groß-Berlin, das in diesem Falle 54 politische Gemeinden umfaßt, vollauf zur Durchführung zu bringen und wochenlang aufrecht zu erhalten, mag zweifelhaft erscheinen. Sicher ist aber damit zu rechnen, daß alle diejenigen Unternehmer, mögen sie dem Verbande angehören oder nicht, die von Geldgebern und Materialhändlern abhängig sind, ihre Betriebe vorläufig schließen müssen. Dafür ist der Terrorismus, der in diesen Kreisen ausgeübt wird, zu bekannt. Da aber gerade solche Unternehmer, wie in den meisten Großstädten, so auch in Berlin, die Mehrzahl der Arbeiter beschäftigen, wird die Zahl der nicht von der Aussperrung betroffenen Arbeiter nur minimal sein.

Verhandlungen werden in den nächsten Wochen wahrscheinlich von keiner der beiden Parteien angebahnt werden. Die Arbeiter haben ihre Genugtheit, in weiteren Verhandlungen einzutreten, noch im leichten Augenblick befindet, so daß für sie nach dieser Richtung hin nichts mehr zu tun übrig bleibt. Die Unternehmer werden aber auch nicht als bald Neigung haben, ihren letzten Beschluss zu amputieren; sie haben sich, wie es scheint, auf einen vierwöchigen Kampf eingerichtet, und werden den Gang der Dinge in aller „Beschaulichkeit“ abwarten. Erst nach vier oder sechs Wochen wird's „brennen“ werden. Wir möchten aber schon jetzt unseren Kollegen, den führenden sowohl wie allen beitigliederten, den Rat geben, auch dann nicht nervös zu werden, sondern sich taktisch Ruhe zu bewahren, bis zum fröhlichen oder bitteren Ende des Kampfes.

Der Verband der Unternehmer hat beschlossen, vorläufig keine „Arbeitswilligen“ einzufordern. Mag der Beschluss ernsthaft oder ein „Bluff“ sein, die Aufgabe aller baugewerblichen Arbeiter, ja, aller Arbeiter muß es sein, von vornherein mit Argusaugen darüber zu wachen, daß kein Maurer, Zimmerer, Bauhülfearbeiter, überhaupt kein baugewerblicher Arbeiter nach Berlin geht. Unerstes muß sich jeder Kollege verpflichten zu führen, den Ausgeperchten die Abreise von Berlin zu erleichtern, indem sie ihnen anderswo Arbeit nachweisen. Der „Arbeitgeberbund“ wird ja alles versuchen, die Ausgeperchten auch in allen übrigen Orten Deutschlands von der Arbeit auszufüchten, um sie zu zwingen, wieder nach dem Aussperrungsorte zurückzukehren und sich womöglich auf Gnade oder Ungnade dem Unternehmertum zu ergeben. Diese Taktik des Unternehmerverbands kann aber sehr stark durch den festen Willen unserer Kollegen beeinträchtigt werden. Und was man kann, das soll man tun, wenn es die Zeit erhebt.

Wir nehmen die Berliner Aussperrung nicht leicht, wir sind aber auch weit davon entfernt, ob dieses

Kampfes zu verzagen. Nun wir ihn haben, muß alles daran gesetzt werden, ihn zu einem guten Ende für die Kollegenschaft zu führen. In diesem Sinne wünschen wir allen Kollegen, insbesondere den Berlinern, der Aussperrung zum Trost, fröhliche Pfingsten!

Sicherung der Bauforderungen.

I.

Dem Reichstage ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, der Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen zugegangen. Diese Frage beschäftigt seit nahezu zwanzig Jahren die Kreise der Interessenten sowie auch Sozialpolitiker. Die Regierungen der Einzelstaaten und die Reichsregierung sind ihr vor etwa zehn Jahren nähergetreten. In den Jahren 1897 und 1901 trat die preußische Staatsregierung mit Gesetzentwürfen hervor, die einer gründlichen Kritik — auch unsererseits — unterzogen wurden. Der jetzt vorliegende Entwurf der verbündeten Regierungen berücksichtigt sowohl jene Entwürfe wie einen Teil der dagegen erhobenen Einwendungen.

Es handelt sich bei dieser Art von Gesetzgebung darum, der bedeutsamen Entwicklung, die die moderne Bauproduktion genommen hat, entgegenzuwirken, die schweren Schädigungen, die sie für baugewerbliche Unternehmer und Arbeiter mit sich bringt, abzuwenden. Das vermehrte Geschäftsbaren, das die Schädigungen herbeiführt, vollzieht sich, in Kürze dargestellt, folgendermaßen:

Die Wurzel des Übels liegt in dem monopolistischen Charakter des privaten Eigentums an Grund und Boden und der damit sich verknüpfenden wucherhaften Baustellen- und Bauproduktion. Der Besitzer einer Baustelle, der diese mit ungünstig hohem Gewinn verwerten will, baut nicht selbst, sondern sucht einen Baunternehmer, dem er zum Zwecke der Bebauung das Grundstück zu einem hohen Preise verkauft. Darauf, daß dieser Baunternehmer zahlungsfähig ist, wird von dem Verkäufer kein Gewicht gelegt; im Gegenteil werden solche Elemente, die sich durch Unsolidität auszeichnen, bevorzugt, weil sie geeignet sind, dem Verkäufer weit über den wahren Wert des Grundstücks hinausgehende Preise zu bewilligen. Der Kaufpreis wird hypothekarisch eingetragen; außerdem wird ein Baugeldvertrag abgeschlossen, wodurch sich der Baugeldgeber verpflichtet, nach Mäßigung des Fortschreitens des Baues bestimmte Beträge zu zahlen, deren Rückzahlung durch eine am Beginn des Baues eingetragene Hypothek sichergestellt wird. Die Bedingungen des Vertrages sind sehr ungünstig für den Baunternehmer, durchaus damit rechnend, daß dieser ja nichts zu verlieren hat. Baugeldgeber ist entweder der Verkäufer selbst oder ein Dritter, häufig ein Bankinstitut; im letzten Falle wird meist dem Baugelddarlehen in gewissem Umfange ein Vorrecht vor dem eingetragenen Kaufgeld eingeräumt, meistens insofern, als das Kaufgeld den wahren Wert der Baustelle übersteigt. Ein Teil des Baugeldes muß ja nun in allen Fällen zur Bezahlung der Bauproduktion, Arbeiter- und Lieferanten verwendet werden, damit das Bauen in Gang kommt. Zu übrigen aber kommt es auf die Person des Baunternehmers an. Ist er gewissenlos, so verweitet er den Rest des Baugeldes zur Bezahlung anderer Schulden und zur Bestreitung eines seine Verhältnisse übersteigenden Auf-

wandes. Alsdann ist der Zugängenbruch nach kurzer Zeit unvermeidlich, und das Gebäude, das vielleicht im Rohbau fertig geworden ist, fällt in der Zwangsversteigerung an den Baugeldgeber oder an den Grundstücksverkäufer, während die Bauhandwerker, Bauarbeiter und Lieferanten bei der Verteilung des durch die eingetragenen Hypothesen voll in Anspruch genommenen Erlasses leer ausgehen. Aber auch dann, wenn der Bauunternehmer nicht darauf ausgeht, auf Kosten der Handwerker und Arbeiter zu leben, kommt es leicht zur Zwangsversteigerung, weil das Baugeld nicht zur vollständigen Deckung der Bauosten ausreicht, vielmehr in der Regel nur in Höhe von zwei Dritteln des Betrages der Bauosten gegeben wird. Auch der, übrigens die Ausnahme von der Regel bildende solide Bauunternehmer — soweit das Wort solide in solchem Verhältnis überhaupt anwendbar erscheinen kann — muss, wenn er nicht kapitalmäßig ist, um den Bau vollenden zu können, eine längere Kreditierung eines Teiles der den Bauhandwerken zu zahlenden Summe in Auftrag nehmen. Gelingt es ihm, das Haus fertigzustellen und bald günstig zu vermieten oder zu verkaufen, so haben alle Beteiligten Aussicht, zu ihrem Gelde zu kommen. Häufig aber wird ihm die Vollendung oder die günstige Bewertung des Hauses unmöglich, sei es infolge ungünstiger Konjunktur, sei es infolge des Drängens seiner Hypothekengläubiger und ditanöser Ausnutzung der ihm nachteiligen Bestimmungen des Baugeldvertrages; dann ist das Ergebnis im wesentlichen das gleiche wie bei dem unrelichen Unternehmer: die Bauhandwerker und nicht selten auch die Bauarbeiter fallen in der Zwangsversteigerung aus.

Neber die Höhe der Verluste, die die Bauhandwerker durch dieses System erlitten haben, gehen die Angaben weit auseinander. Eine amtliche Statistik darüber gibt es nicht. Ohne Zweifel aber berechnen sich die Verluste für den Zeitraum von etwa zwei Jahrzehnten im ganzen auf Hunderte von Millionen. Die Gegner eines gesetzlichen Schutzes der Bauforderungen sind natürlich bemüht, die Verluste möglichst gering erscheinen zu lassen; an ihnen ist besonders stark das Baugewerbe in den Hauptstädten, wo die Bauspekulation in schlimmster Weise wächst, beteiligt: Berlin, Hamburg, München, Dresden, Mannheim usw. usw.

Von verschiedenen Seiten ist das Bedürfnis für gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherung der Bauforderungen verneint worden unter der Motivierung, daß die Schuld an den Verlusten zu einem großen Teile die Bauhandwerker selbst trage, die nicht vorsichtig genug wären und sich bösartig mit Leuten einließen, deren Unzuverlässigkeit ihnen bekannt oder mit leichter Mühe durch Aufträge bei einem Ausflugsbüro zu ermitteln wäre; es sei ihnen deshalb Selbsthilfe anzuraten, Zusammenchluss zu Vereinigungen behutsamer Wahrung ihrer Interessen und dergleichen.

Die Vollendung des Croton-Reservoirs.

von Fred Hood.

(Nachdruck verboten.)

Ein Meisterwerk der Ingenieurkunst, eines der gewaltigsten Bauwerke, deren sich unter Steinern röhnen kann, geht seiner Vollendung entgegen. Es ist das Croton-Reservoir zur Wasserbeschaffung der Stadt New York.

Im Jahre 1842 wurde für die Stadt New York ein Reservoir zur Aufstellung des Crotonwassers gebaut, das der Stadt täglich 270 000 000 l Wasser lieferte. Damals befahl die Stadt 850 000 Einwohner, heute ist die Einwohnerzahl von Groß-Newport auf zu 3 833 300 gestiegen. Es wurden im Laufe der Jahre verschiedenste neue Staumäntze und Reservoirs zur Versorgung der Stadt geschaffen, und zwar gleichzeitig die Wasserbeschaffung von ganz Manhattan durch den Crotonfluss und durch eine Anzahl kleiner Seen in dem durch gehende Bogen ausgezeichneten Staudenlande dieses Flusses. Aber schließlich war man genötigt, Anlagen von weit mächtigerer Ausdehnung und Leistungsfähigkeit zu schaffen. Der neue Crotonstaum, der quer durch das Tal unterhalb des gegenwärtigen Damms durchgeführt wurde, bildet einen Teil dieser großartigen Anlage für die Wasserbeschaffung der Stadt. Die Wasserleitung besteht aus einem Bassins, das nun eben durch die Mauermauer und den Dammbau gebildet wird; soll an 30 000 000 Gallonen (4 l) betragen. Der Dammbau ist 100 Fuß lang und über Terrain gemessen, 180 Fuß hoch; die Gesamthöhe des Bauwerks von der Fundamentsohle bis zur Krone des Damms beträgt aber an nähernd 300 Fuß. Beim Ausgraben des Fundamentes mußten 700 000 ehm. Erde und 80 000 ehm. Fels fortgeschafft werden. Man wird sich eine Vorstellung von diesem Meisterwerk machen können, wenn ich hinzufüge, daß diese quer durch das Tal geführte Mauer einen Druck von 80 000 t aufzunehmen hat. Bei diesem gewaltigen Druck würde sich das Wasser aber sehr bald einen eigenen großen Kanal durch lockere oder abnützende Material bahnen. Daher ist es beim Bau eines derartigen Damms notwendig, die Fundamente an jeder Stelle bis auf massives, gewachsenes Felsgestein hinunterzuführen. Aller angewandten Sand, Kies usw., welchen der Fluss im Laufe der Zeit abgetragen hat, muß ausgetragen werden, bis ein festes, un durchdringliches Gestein dagelegen ist. Bei dem Crotonstaum mußte man an

Diese Einwendung ist allerdings nicht unbegründet. In der Tat geht ein großer Teil der hier in Betracht kommenden Bauhandwerker sehr unvorsichtig, ja geradezu leichtfertig zu Werk. Und die Baugewerks-Innungen haben es sich bis jetzt entweder überhaupt nicht angelegen sein lassen, das Uebel energetisch zu bekämpfen, oder sie haben mit solcher Bekämpfung keinen Erfolg gehabt. Es ist nicht zu verkennen, daß ein Teil der erlittenen Verluste bei größerer Vorsicht hätte vermieden werden können; die Begründung des Gesetzeswurfs bemerkt, in Berlin sei festgestellt worden, daß bei einzelnen Bauunternehmern wiederholt in kürzer Frist die von Ihnen errichteten Bauten zur Zwangsversteigerung gekommen sind, und daß sie gleichwohl immer wieder Kredit bei den Handwerkern gefunden haben. Es erklärt sich das wohl mit darau, daß sich auch unter den Handwerkern unsolide Elemente befinden, die das Wagnis, an unsoliden Bauten sich zu beteiligen, unternehmen in der Vorstellung, daß sie auch nichts haben, was Ihnen genommen werden könnte, daß sie sich auch auf den Kredit stützen, und daß schließlich ihre Gläubiger die Benachteiligten sind, wenn die Sache schief geht.

Übrigens ist zu beachten, was der Baumeister Gustav Baumgärtel in seiner 1902 erschienenen Denkschrift zu den erwähnten Entwicklungen eines Reichsgesetzes, betreffend Sicherung der Bauforderungen, ausführt. Auf die Frage, warum Bauhandwerker und Lieferanten einem zahlungsunfähigen Unternehmer, so leicht den verlangten Kredit gewähren, antwortet er:

„Jeder Handwerker — und das gilt namentlich für die Ansänger und Unerfahrenen — sucht möglichst schnell in die Höhe zu kommen. Das viele Geld, was in guten Zeiten für Hypothesen auf den Markt geworfen wird und dem Unternehmer unter leichten Bedingungen zur Verfügung steht, läßt in dem Handwerker begierischerweise den Glauben austreten, daß der Unternehmer auch in der Lage sein werde, seine Verpflichtungen prompt zu erfüllen zu können. Außerdem sucht sich der Handwerker noch durch allerhand weitere Mittel — sei es durch Eintragung seiner Forderungen auf das Grundstück als Hypothek, sei es durch Wechsel usw. — so gut wie möglich gegen Verluste zu schützen. Im übrigen ist der Unternehmer auch eine Zeitlang sehr wohl in der Lage, seine Zahlungsverpflichtungen ordnungsgemäß zu erfüllen, und so kommt es, daß der Handwerker vertraulich wird, bis er schließlich bei der plötzlich hereinbrechenden Krise erkennt, daß seine Forderung verloren ist. Von ihm gilt dann dasselbe Wort, was man so oft bei einem ungünstlich verlaufenen Geschäft aussprechen hört: Hätte er das alles vorher gewußt, so hätte er es nicht getan!“

Über den soliden Bauausführenden bemerkt der selbe Gewährsmann: „Er ist bei seiner Kalkulation von vornherein in eine ungünstige Lage versetzt: er bemüht sich einerseits, seinen Verpflichtungen prompt nachzu-

kommen, muß aber dabei gleichzeitig mit dem Verkaufspreise der Grundstücke konkurrieren, die durch Zwangsversteigerungen auf den Markt gebracht werden. Will er deshalb bei der Ausführung eines Bauens wenigstens einigermaßen auf seine Rechnung kommen, so kann dies nur geschehen durch Schmälerung des Verdienstes des Handwerker und der Lieferanten sowie seines eigenen Gewinnes.“ Alle Befreiungen nämlich, die darauf gerichtet sind, die Bauteile so billig wie möglich zu liefern — sei es durch geschickte Ausnutzung der technischen Fortschritte in der Werftstätte unter eventuell gleichzeitigem Niederdrücken der Arbeitslöhne, oder sei es durch den gemeinsamen Ankauf von Rohprodukten — sind für ihn erfolglos; denn der Baustellenpreis rückt jeder derartigen Verminderung des Herstellungsprefises des Gebäudes unmittelbar und unerbittlich auf den Ferien nach. Der Ausführungswert des Baues steht somit unter einem ständig nachrückenden Drucke: einmal, wenn man so sagen darf, unter einem Druck von unten, infolge Höherstellung des Baustellenpreises; anderseits unter einem Druck von oben, der ausgeübt wird durch die Konkurrenz der bei den Zwangsversteigerungen erzielten niedrigen Grundstückspreise; sowie endlich bei freiem Verkauf durch die Verminderung der Rentabilität des Grundstücks, die die Mieterräume des letzteren nicht gleichen Schritt halten können mit den in jüngster erfolgten allgemeinen Preissteigerungen der Baustoffen.“

Somit man notwendig immer wieder auf den monopolistischen Charakter des privaten Grundbesitzes als auf die eigentliche Quelle des Uebels zurück. Das ganze Baumwesen hat sein gesundes Fundament. Wir werden zu untersuchen haben, ob der Gesetzesvorstand der verbündeten Regierungen geeignet ist, ihm ein solches Fundament zu schaffen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Weitere Erleichterung des Geldmarktes — Erloß der bayerischen Schatzabnahmesemissio — Erneuerung des Staatsvertragsverbandes, gemischte und reine Werte, Oberschichten — Hüttenzeichen und reine Zeichen — Eisen- und Stahlschlacke.

Die Geschäftswelt hatte zuletzt einige beruhigende Vorgänge zu verzeichnen. Und befürden wie plötzlich geworden ist, beweise sie diesen Zustand wieder einmal zu verschiedenen Börsen fürsteigerungen, die freilich, mit der Vergangenheit verglichen, dürftig genug blieben und die sich vielleicht als sehr vergänglich erweisen werden.

Die Ermittlung des Geldmarktes erwähnten wir schon. Am 25. April konnte die Bank of England ihren Diskont um ein weiteres halbes Prozent herabsetzen (vor dem 11. April 5 p3, 11. bis 25. April 4 p3, nunmehr 4 p3). Die Deutsche Reichsbank ist bei ihren 5 p3 (seit dem 28. April, vorher 6 p3) verblieben, aber ihr Kreditzustand hat sich merklich gebessert.

Weiter erfreute man sich in gemäßigter Lebhaftigkeit, an dem Gelingen der neuen bayerischen und preußischen Schatzabnahmesemission. Die zur öffentlichen Erfindung angebotene M 300 000 000 — über M 100 000 000 hatte das Leihabnungsconsortium bereits festgelegt — wurden überzeichnet. Indes hat sich das beteiligte Publikum offenbar mehr und mehr daran gewöhnt, ein Mehrfaches zu zeichnen,

möglich, daß es für immer trocken bleiben wird, abgesehen von Perioden, in denen die Reinigung des Reservoirs erfolgt. In diesen Fällen müssen natürlich die Abschläge geöffnet und dem Wasser der freie Durchgang ermöglicht werden.

Die rasche Zunahme der New Yorker Bevölkerung hat den täglichen Wasserverbrauch auf 320 000 000 Gallonen gefeiert; die Wasserkennlinie ist also konstant, während der Zufluß außerordentlich schwankt und während der trockenen Sommermonate weit unter dem täglichen Bedarf liegt. Durch das Aufstauen des Wassers, das die oberen steinernen Reservoirs nicht fassen können, wird also gleichzeitig in den Teilen des Lebewasser für das Mangel georgt. Aber anderseits verhindern diese natürlichen Beschränkungen auch Gefahren, die durch einen übermäßigen Wasseraufwand und gerade durch das Aufstauen der Wassermengen entstehen müßten. Nur in den Monaten Februar, März und April besteht die Gefahr, daß das Wasser bis zur Krone des Damms steigen kann, sofern nämlich plötzliches Tauwetter mit häufigen Regenfällen zusammenfällt. So geschieht es z. B. im März vorangegangenes Jahres, als an einem Tage das Tauwetter einen Zufluß von 1 500 000 000 Gallonen in das Reservoir verursachte. So geschickt ist ein riesiger Staumauer an sich zweitens, so ist es jetzt uns doch folgende Überlegung, daß das Wasser nur in äußerst seltenen Fällen auch die Krone des Damms erreichen kann, sofern nämlich das Lebewasser vor mehr als einem Dutzend ferngelegener Dämme gefüllt, die das Wasser verschließende Nebenkörper des Croton-Reservoirs sind. Der Zufluß des Croton-Reservoirs wird allerdings bei vollständiger Füllung auf 30 000 000 000 Gallonen geschätzt. Aber die diese Menge erreicht wird, muß der Zufluß alle Reservoirs füllen, deren Totalkapazität etwa 44 000 000 000 Gallonen beträgt.

Der Bau hat 18 Jahre gebaut und eine Kostensumme von M 30 500 000 verbraucht. Aber auch dieses großartige Werk und eine Reihe anderer neuer Anlagen zur Wasserbeschaffung von New York werden nicht sehr lange den ungeheuren Ansprüchen der Stadt genügen. Soviel zeigt beschäftigt man sich mit neuen gewaltigeren Plänen, die den Crotonstaum als ein Intermezzo erscheinen lassen, geeignet, New York über eine kritische Periode hinwegzuhelfen.

Die Haltungskosten des einen Bassins, das nun eben durch die Mauermauer und den Dammbau gebildet wird, soll an 30 000 000 Gallonen (4 l) betragen. Der Dammbau ist 100 Fuß lang und über Terrain gemessen, 180 Fuß hoch; die Gesamthöhe des Bauwerks von der Fundamentsohle bis zur Krone des Damms beträgt aber an nähernd 300 Fuß. Beim Ausgraben des Fundamentes mußten 700 000 ehm. Erde und 80 000 ehm. Fels fortgeschafft werden. Man wird sich eine Vorstellung von diesem Meisterwerk machen können, wenn ich hinzufüge, daß diese quer durch das Tal geführte Mauer einen Druck von 80 000 t aufzunehmen hat. Bei diesem gewaltigen Druck würde sich das Wasser aber sehr bald einen eigenen großen Kanal durch lockere oder abnützende Material bahnen. Daher ist es beim Bau eines derartigen Damms notwendig, die Fundamente an jeder Stelle bis auf massives, gewachsenes Felsgestein hinunterzuführen. Aller angewandten Sand, Kies usw., welchen der Fluss im Laufe der Zeit abgetragen hat, muß ausgetragen werden, bis ein festes, un durchdringliches Gestein dagelegen ist. Bei dem Crotonstaum mußte man an

einigen Stellen um 180 Fuß unter das eigentliche Flußbett hinuntergehen, und da das Dammfundament über 200 Fuß breit ist, kann man sich wohl eine Vorstellung von dem benötigten Schacht machen, der quer durch das Tal gelegt werden mußte.

Es ist ferner vor dem Staumauer noch ein Schutzbamm angelegt, der bei Hochwasser die nach dem See herunterfließenden Blüten, sowie sie die Krone des Damms überfließen, aufzunehmen vermag. Auch soll der Croton-See nicht allein zur Wasserbeschaffung der Stadt dienen; vielmehr liegen weiter oben zwischen den Hügeln eine Reihe kleiner Reservoirs zerstreut. Aber wenn eines derselben ausbricht oder überfließt wird, so kann der Croton-Schutzbamm bequem die plötzlich austromende Wassermenge unterbringen. Über den Raum des Dammbauens und den anschließenden Schutzbamm geht ein schöner, 18 Fuß breiter Fahrradweg, der in seinem weiteren Verlaufe über eine Stahlbrücke hinwegführt.

Der Raum des alten Croton-Damms, der 8½ englische Meilenstromabwärts liegt, ist 20 Fuß niedriger als der Raum des neuen Damms. Wenn daher das neue Reservoir gefüllt ist, so steht das Meeran des Sees um 20 Fuß höher als der Raum des alten Sees. Die gesamte Wassermenge ist etwa 8 Quadratmeilen groß.

Die Zeit zur Ausführung gebraucht. Schubarbeiten am Croton-Reservoir bestanden unter anderem in der Anlage eines Parkes an der Stromabwärts gelegenen Seite des Bauwerks, sowie in der Herstellung einer Reihe von Fahr- und Fußwegen. Zwei solche Fußwege führen von einem großen Park an gelegenen Springbrunnen zum Fuße zweier Treppen, die den Aufstieg zur Höhe des Damms an zwei verschiedenen Stellen ermöglichen. Ein Fahrweg führt zu einer Stahlbrücke über den Croton-Fluß im Buge einer zur nächsten Station der New York Central Railroad führenden Fabrikstraße. Der Dammbau, der bei Sturzflut das über den Staumauer tretende Nebenwasser aufnimmt, bildet eine vollständige Sicherheit. Der Schutzbamm bildet mit dem Staumauer also gleichsam einen Kanal zur Abführung des Nebenwassers, der schließlich unterhalb der Stahlbrücke in das alte Bett des Croton-Flusses geleitet wird.

Seit länger als 18 Monaten, d. h. nach Vollendung und Abschluß der Staumauer, ist kein Wasser in das Bett des Croton-Flusses unterhalb des Damms gelassen, und es ist

um dann bei der Reparatur so umgekehrt die erstaunlich erzielten Anlagebeträge zu erhalten. Schon frühere Erfahrungen bestätigen das. Die Emission 20 Prozentiger Reichsbanknoten von 1903 (R. 290 000 000) wies sogar die vorher niemals dagewesene sensationelle 47-fache Überzeichnung auf; doch sofort stellte sich heraus, wie wenige der damaligen Konzertzeichner eine längere bauernde Seite Kapitals anlegte, wie viele, dagegen aber nur einen momentanen Kursgewinn durch solches Wiederkauf gefunden hatten. Diesmal felen allerdings vier Gebniss der Bedingungen auf sogenannte Spezialstädte, die bis zum 15. Oktober immobiliert (unbeweglich gemacht) sind. Aber wo dort sich bei dem Missbrauch, daß allen sonst unmöglich Börsendepotieren erlaubt ist, leicht eine ähnlich günstige Kapitalverwendung & z.B. sicherer Verzinsung Kaufpreis 99, aber verborgte Einlösung nach 5 Jahren zum Kurs von 100 — solche Vorschriften sind wohl nicht zu verachten.

Eine viel stärker gehende Wirkung wird zweifellos die Erneuerung und Festigung der großen, nach vielen Richtungen hin maßgebenden Syndikate ausüben. Das wissen unsere Hochfinanz und die Börsenunternehmer recht gut; denn die eigene Börsenlebendigkeit ruft offen an an das übermäßige Zuhandekommen des Stahlwerkverbandes auf die Dauer von 5 Jahren.

Wir haben schon öfter geschildert, welch eigenartiges Kapitalistisches Weltrennen vor der Neuordnung vieler Syndikate erlebt. Alle Werke rüsten sich nach Kräften zu vergroßen, um mit einer möglichst hohen Beteiligungssäule in den Syndikatsaufbau eingegliedert zu werden. Um Umbauten, Erweiterungen und Neuerungen haben es in der Tat die Hauptinteressenten auch des Stahlverbundes nicht fehlen lassen, um auf eine höhere Leistungsfähigkeit eingestellt zu werden. Das einzige große Unternehmen sagt, mit dem endgültigen Scheitern als einer Möglichkeit rechnet, wenn die eingerückten Aneinderschluß zwischen großen Eisenblöcken und mächtigen Händlerketten zwecks Vertriebes der Werkprodukte, der doch eigentlich dem Verbände zuzählen und von diesen nach gemeinsamer Norm geregelt werden soll. Indes, man rüstet sich auf alle Eventualitäten und kommt außerdem um so wichtiger mit dem Absatz und dem Auslande drohen. Das Rüngeling der Woge hat in der Tat lange hin und her geschwommen. Noch am Sonntag, den 28. April, telegraphierte man von Düsseldorf im alte Welt hinaus, die Verhandlungen känden vor dem Abbruch, vor allem wegen der mobilen Forderungen, wie sie die Münchner Hütte, Differdingen und Gebrüder Elmann erheben zu dürfen glaubten. Am Dienstag hielten sich die Wolfsen verzogen; das neue Abkommen war in den entscheidenden Grundzügen fertig.

Wie sehr sich die Grundlage des Stahlwerksverbandes mit der Zeit, teils durch inneren Zuspruch, teils durch Neuzugriff, verbreitert hat, ergibt sich aus folgendem: Bei der Gründung 1904 umfaßte der Verband 28 Werke mit einer Beteiligung von noch nicht 7 500 000 t Rohstahl, Anfang 1907 nicht ganz 11 100 000 t, nunmehr 37 Werke mit einer Beteiligungssäule von 12 040 000 t Rohstahl. Charakteristisch ist diesmal in erster Linie, daß man — direkt auf Kosten der Beteiligungssäule in A-Profilen (Halbzeug, Oberbaumaterial für Eisenbahnen, Formteile) — zu starken Erhöhungen gekommen ist für die Beteiligungssäule in den Produkten B. Hierzu gehören Stahldrähte, Walzdraht, Groß- und Feinkleinblech, Eisenbahnschalen usw., also gerade das Hauptgebiet der reichen Walzwerke, die zweitens in Zukunft den Wettbewerb der g e m i c h t e n , im Verband vereinigten Werken noch viel empfindlicher fühlen müssen, während ihnen der Einfuhr- und Aufbau von Halbzeug noch mehr erschwert werden wird, weil ihre Preisquellen, eben die Verbandswerke selber, in stärkerem Maße zur Weiterverarbeitung des Halbproduktes in den eigenen Werken entschlossen sind. Die satt-sam bekannte Bedeutung der reichen Werke wird sich demnächst weiter verschärfen. Eine Lösung dieser Frage — urteilt die „Böll-Bla.“ — schenkt einzig und allein in dem Abschluß jener reinen Werke an die gemischten Niedrigbetriebe zu liegen, sei es an den Stahlwerksverband als solchen, sei es an einzelne seiner Mitglieder. Dieser Weg weist auch die so eben zu handen kommende Fusion des Limburger Fabrik- und Hüttenvereins mit dem Eisen- und Stahlwerk Hörde, die seitens des ersten Werkes bezüglichste mit der Halbzugang erklärt wird.

Es macht selbstverständlich einen gewaltigen Unterschied, ob die am Verband beteiligten Unternehmungen Produktion und Abzug in gewisser Weise regeln und verteilen oder ob sie in einen erbitterten Konkurrenzkampf versetzen. Das gilt selbst für gute Zeiten, doppelt und dreifach jedoch, wenn eine herausgehende Krise die wildeste Preisfleiderei zu wetten droht. Der kleine Tendenzenstruktur in der Hochfinanz und an der Börse ist nun so verständlicher, als von der Neuordnung der zentralen Organisation eine Reihe anderer veränderlicher Seitenzweige abhängt: der Walzwerksverband, das Tiebau-Stahlkontor, das Gas- und Gießereihandelskant, das internationale Schienennetz.

Unterschieden scheint noch das Schicksal des oberösterreichischen Stahlwerksverbandes. Diesem, als ganzem, war bisher eine bedeutende Beteiligungssäule zugewiesen, während bei etwaiger Auflösung dieser engen, mehr lokalen Vereinigung die großen südländischen Produzenten (Laurahütte, Friedenshütte, Goss-Oegerndorf, Kattowitz-Aktiengesellschaft) einzeln dem Düsseldorfer Verbandsverband beitreten würden. Bekannte Schwierigkeiten sind hier wohl kaum noch zu erwarten.

Bei dieser Gelegenheit sei noch gezeigt, daß im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier das Glück ziemlich den reinen Gedanken etwas entgegengesetzt haben. Sie wollen sich zwar nicht zur vollen Sicherung der nach Maßgabe der Beteiligungssäule auf sie entfallenden Kohlemenge an das Syndikat verpflichten; sie entrichten jedoch für diejenigen Mengen ihres Stahlwerksverbandes, die sie auf Kosten ihrer Syndikatsbeteiligung decken wollen, die Syndikatsumlage, so daß ihre Verteilungstellung nicht mehr ganz so ungerecht aussfällt.

Die erste Quartalsstatistik des Verbandes Eisen- und Stahlindustrieller ist von besonderem Interesse, weil gerade in den Schlußmonaten März bereits die modernen Börsenabschüttungen stiegen. Nach der Eisenproduktion ist davon nichts zu hören. Nachdem die Stahlproduktion Deutschlands (und Augsburgs) 1906 die weitests möglichste bisher erzielte Jahresziffer erreicht hatte, stehen alle Monate des Jahres 1907 abermals beträchtlich über den gleichen Monaten aller Vorjahre. Es wurden an Stahlteilen produziert:

	1907	1906	1905	1904
t	t	t	t	t
Januar	1062152	1018461	768209	831053
Februar	978191	935994	672478	780460
März	109257	1058527	895908	850340
April	2189600	3012982	2334590	2461853

Die beobachtete Erholung an den Börsen beruht wesentlich, wie zu erwarten, die Eisenwert. Einige Kursschwankungen der letzten Berliner Börsenwoche mögen deshalb für Wertgewinn und -Verlusten Platz machen:

	26. April	4. Mai
A	A	A
Luizemburger	171	189
Stein. Stahlwerk.	187	196
Böhm. Gußstahl.	294	281
Dortmunder Union	76	79
Laurahütte	227	231

Berlin, 5. Mai 1907. Mag. Schippel.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage. Eine Präsidentschaftswahl in Komödie nahm das hohe Haus in der zweiten Sitzung der verflossenen Woche in Anspruch. Der zweite Biegepräsident, Herr Kaempf, bekanntlich ein Frei-jünger, hatte am Tage vorher dem sozialdemokratischen Abgeordneten Debout, welcher bei Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte genötigt war, unverhüllt Zwischenrufe der Rechten zurückzuweisen, dafür, kurz hintereinander drei Ordnungsruhe erforderte. Nach der Sitzungsordnung hat in folgendem Falle das Haus zu entscheiden, ob der so gemärgelte weiter das Wort haben darf oder nicht. Bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit dafür, daß er weiterspreche. In dieser Ausübung eines geschäftswidrigen gehörenden Rechtes erblachte Herr Kaempf eine Verleumdung der Präsidentenschaftswidrigkeit; er legte deshalb sein Amt als zweiter Biegepräsident nieder. Das war schon Komödie; sie hatte aber noch einen zweiten Akt mit Herrn Kaempf als Hauptperson: er ließ sich am 7. Mai von der mühsam zusammengetrommelten Blödmajörität gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums wiederwählen und nahm die Wahl mit Dank an. So war Herr Kaempf und mit ihm der Freisinn rehabilitiert.

Eine Tag lang war Herr Kaempf so freisinnig.

Jetzt präsidiert er wieder, Gott sei Dank! Im Laufe der Woche wurde mit kurzen Unterbrechungen, die anderen Gegenständen gewidmet waren, die zweite Staatsberatung in sehr beschleunigtem Tempo zu Ende geführt. Wie gehen daraus folgendes her vor:

Sozialdemokratische Redner, die Abgeordnete Singer, Höhle, Emmel, traten für Besserstellung der Arbeiter sowie der kleinen und mittleren Beamten der Reichsfeuerwehr ein. Der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach erklärte, die Bewilligung dieses Rechtes sei standig benötigt, ihre Beamten und Arbeiter aufzubeeben; tatsächlich seien die Beamten, besonders die der Arbeiter, ganz gewaltig gestreikt. Die Abgeordneten Höhle und Emmel jedoch wünschen die Unabhängigkeit dieser Hauptung nach, insbesondere auch unter Hinweis auf die steigenden Lebensmittelpreise. Erwähnenswerte sind die Bemühungen der Arbeiterrichter, unter denen die Völker der Arbeiterrichter gezwungen sind, Gewinden und Leben zu opfern. Erster erklärt geradezu, mit sogenannter „Wohlfahrtsfeste“ habe man dem Andrang der Arbeiter auf Durchführung des geplanten Schutzeinrichtungen auszuweichen. Die Organisation der Arbeiter aber schlägt vor: man ziehe italienische Bergarbeiter ein, die ausländisch ausgebildet worden aus einem anderen Grunde, wie sie dem christlichen Bergarbeiterverband beigetreten waren. Sache legte dar, daß die Unfälle im deutschen Bergbau in schreckenreicher Weise zunehmen und daß die Bevölkerung ein gut Teil Schuld daran trifft. Es sei notwendig, dem Verlangen nach Arbeiterrichterrollen endlich Folge zu geben. Staatssekretär Rosadowsky kam diesen Ausführungen gegenüber mit dem alten Einwand, die Regelung der Bergbaurechtsfrage sei Sachen des Landesgesetzgebungs. Einem schieden Prost als diese kann man sich nicht denken.

Nun steht noch bevor die Durchverteilung des dritten Beratung des Staats. Wenn die erfolgt ist, wird der Reichstag bis zum Herbst verlegt werden; die Beratung wird eingetragen sein, wenn unserer Leser die Kammer unseres Volkes zugibt.

Die schwangererregenden Wohnungswirtschafts im Reihe der Großindustriellen Thüringen, die täglich im Reichstag der sozialdemokratischen Abgeordneten Hengsbach zu Sprache brachte, sind vom „Arbeiterauschuß“ jenes Herrn abgelehnt worden. Es ist tot beobachtlich, daß ein Arbeiterauschuß zu einem willkürlichen Verzehr des Unternehmens degradiert und Missstände abschleunigen sucht, die noch viel schlimmer zu sein scheinen, als sie im Reichstag geschildert worden sind. Der erwähnte „Arbeiterauschuß“ hätte unter anderem auch dem Bergmannsverband, dem Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, eine Erfahrung eingeschlagen, wonach die Schließung des Abgeordneten Hengsbach unvorteilhaft sein sollte. Die Abteilung des Bergmannsverbandes ist durch die Erfahrung zu veröffentlichen, sie gibt statt dessen einer Zukunft Raum, die ihr als Antwort auf die Erfahrung zugeht. In dieser Zeitschrift heißt es:

„Wogegen wir uns wenden, so daß sich der Arbeiterauschuß hat missbräuchen lassen, nicht bei den Tatsachen gebissen und im einzelnen Fällen weiß über die Tatsachen hinausgegangen ist. Die offizielle Arbeiterauschußmitglieder schreiben oder lassen schreiben, der Ausdruck erkennt sich des Vertrauens aller ordnungsliebenden Bergleute. Das ist nicht nur Eigentum, sondern auch eine

seiner Fraktion den von seinem Fraktionsgenossen für ohne eingetretene Standpunkt: die Fraktion stimmt der Vorlage zu, verlangt jedoch, daß bei dem Bau in erster Linie die deutsche Arbeit und die heimische Industrie berücksichtigt werden. Das habe Graf Posadowsky ja auch bereits, veranlaßt durch die fröhliche Mede, im Prinzip zugestanden, aber ein Kollege des Staatssekretärs, der preußische Eisenbahnaminister Breitenbach, habe im preußischen Abgeordnetenhaus sich anders ausgesprochen:

„Bei Gelegenheit eines Antrages des Abg. v. d. Mens erklärte er, er habe bereits beim Etat der Wasserbauverwaltung darauf hingewiesen, daß auf die Unternehmer ein gewirkt werden solle, daß sie sich „in tunlichstem Umfang“ mit ausländischen Arbeitern behelfen und es solle weiter ernst eingefärbt werden, daß kontaktschichtige Arbeiter nicht anzunehmen seien; auch sollten die Unternehmer kontrolliert werden, daß sie nicht durch Aufträge ausländischer Arbeiter heranziehen mit blüdicht auf den Arbeitersatz in der Landwirtschaft. Ein schärfster Widerspruch läßt sich nicht denken. Wir wissen auch, daß sich die Anstellung ausländischer Arbeiter kaum ganz umgehen läßt. Aber wenn man sie so gut wie auswirtschaften will, so liegt doch offenbar die Absicht vor, Lohnbrüder in das Land zu ziehen, um der Landwirtschaft billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Wenn die Arbeiter von Ihnen fordern, so doch nur deswegen, weil sie nicht genug verdienen. Ich vertrete auf den Zweck englischer Stiftsredner nach Hamburg anlässlich der Ausstellung der Schauausstellung. Es gibt gewisse ungeliebte Seile, die man einholten muß, aber von „noblesse oblige“ scheint man bei den Hamburger Unternehmern nicht viel zu wissen, sonst hätte man den Abschluß der englischen Arbeiter nicht herengelassen. In den Vereinigten Staaten würden solche Schiffe mit Streitbrechern an die Küste gar nicht erst zugelassen werden, aber das liegt in Lande der Sozialreform, in ein hold ungeheuer ungängig möglich. Wir haben also Recht, den Versprechungen der Regierungen mit Misstrauen entgegenzusehen. Wir wollen hören, daß Graf Posadowsky recht behält. Das ganze Haus sollte sein Vorhaben, die von unter außerordentlichen Bedingungen fertiggestellten, unterschlagen. Tun sie das, dann ist es vielleicht möglich, daß wir Ihnen einige von den Gründern, die Sie den Arbeitern gegenüber auf dem Gewissen haben, vergeben.“

Gelegentlich der Erledigung einer Wahlprüfung erbrachten die „Freisinnigen“ ihren Besiegungsnachweis für den nationalen Block zur Freude der Kontrahenten in „glänzender“ Weise durch einen blamablen Fall, wie wir bisher noch keine andere Partei geleistet haben. Die Wahlprüfungscommission hatte die Übereinstimmung der Wahl des kontraktiven Abgeordneten v. Michelsen (Schweden-Striegau) beantragt. Die Freisinnigen aber stimmten in Bund mit ihren Blodenköpfen für die Gültigkeit dieser notorisch ungültigen Wahl, so daß Herr v. Michelsen dem Reichstag erhalten bleibt.

Erliegt wurde weiter das Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, an welchem u. a. der sozialdemokratische Abgeordnete Wollenbub kritisch absteht. Seit Staatsamt Samm Deutschland mit diesem Abkommen nicht machen, es gewährt kaum eine schwache Hoffnung, daß nunmehr seines der Vereinigten Staaten eine leichte Handhabung der Vollvollmachten gegenüber den deutschen Bürgern erfolgen werde.

Eine lehrreiche Debatte entwickelte sich bei Beratung zweier Interpellationen, die von den Sozialdemokraten und dem Zentrum gestellt waren. Sie betrafen die Ursachen der Gründungskatastrophen, deren in letzter Zeit so aufstellend viele und schwere sich ereignet haben. Die begründeten Ausführungen brachten der Bergbaurechtsabgeordnete Gieseverts und der sozialdemokratische Abgeordnete Sachse ein. Sie entrollten ein interessantes Bild der Bergbaupolitik, unter denen die Bergarbeiter gezwungen sind, Gewinden und Leben zu opfern. Erster erklärt geradezu, mit sogenannter „Wohlfahrtsfeste“ habe man dem Andrang der Arbeiter auf Durchführung des geplanten Schutzeinrichtungen auszuweichen. Die Organisation der Arbeiter aber schlägt vor: man ziehe italienische Bergarbeiter ein, die ausländisch ausgebildet worden aus einem anderen Grunde, wie sie dem christlichen Bergarbeiterverband beigetreten waren. Sache legte dar, daß die Unfälle im deutschen Bergbau in schreckenreicher Weise zunehmen und daß die Bevölkerung ein gut Teil Schuld daran trifft. Es sei notwendig, dem Verlangen nach Arbeiterrichterrollen endlich Folge zu geben. Staatssekretär Rosadowsky kam diesen Ausführungen gegenüber mit dem alten Einwand, die Regelung der Bergbaurechtsfrage sei Sachen des Landesgesetzgebungs. Einem schieden Prost als diese kann man sich nicht denken.

Nun steht noch bevor die Durchverteilung des dritten Beratung des Staats. Wenn die erfolgt ist, wird der Reichstag bis zum Herbst verlegt werden; die Beratung wird eingetragen sein, wenn unserer Leser die Kammer unseres Volkes zugibt.

Die schwangererregenden Wohnungswirtschafts im Reihe der Großindustriellen Thüringen, die täglich im Reichstag der sozialdemokratischen Abgeordneten Hengsbach zu Sprache brachte, sind vom „Arbeiterauschuß“ jenes Herrn abgelehnt worden. Es ist tot beobachtlich, daß ein Arbeiterauschuß zu einem willkürlichen Verzehr des Unternehmens degradiert und Missstände abschleunigen sucht, die noch viel schlimmer zu sein scheinen, als sie im Reichstag geschildert worden sind. Der erwähnte „Arbeiterauschuß“ hätte unter anderem auch dem Bergmannsverband, dem Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, eine Erfahrung eingeschlagen, wonach die Schließung des Abgeordneten Hengsbach unvorteilhaft sein sollte. Die Abteilung des Bergmannsverbandes ist durch die Erfahrung zu veröffentlichen, sie gibt statt dessen einer Zukunft Raum, die ihr als Antwort auf die Erfahrung zugeht. In dieser Zeitschrift heißt es:

„Wogegen wir uns wenden, so daß sich der Arbeiterauschuß hat missbräuchen lassen, nicht bei den Tatsachen gebissen und im einzelnen Fällen weiß über die Tatsachen hinausgegangen ist. Die offizielle Arbeiterauschußmitglieder schreiben oder lassen schreiben, der Ausdruck erkennt sich des Vertrauens aller ordnungsliebenden Bergleute. Das ist nicht nur Eigentum, sondern auch eine

verhebung der Elfe, wofür sie den Beweis schuldig bleibent dürfen."

Die Bürokratie weist dem Antritts tatsächlich Unrichtigkeiten in seiner Erklärung nach. So soll nicht, wie es darin steht, auf jede Wohnung ein Abzug, sondern erst für zwei Familien einen Abzug da sein. Dass muss sich der Ausschuss folgende Berechtigung gefallen lassen: "Haben die Elf dies gewusst? Wenn ja, dann ist ihre Erklärung eine Mißachtung der Elfe. Wenn nein, dann ist ihre Erklärung eine Mißachtung der Elfe." Haben sie es nicht gewusst, so ist ihre öffentliche Erklärung eine strafbare Leichtfertigkeit, aber auch eine Täuschungsfertigkeit. Alles, in allem haben sich die Elf einer ordentlichen Reinsfall bereitet...

"Bei der Wohnfrage im vorigen Herbst mussten sie sich mit allgemeinen Versprechungen begnügen, ihre vorher genannten Wünsche, die sie im Namen der Belegschaft vorbrachten, wurden nicht erfüllt. Nachdem ein politischer Gegner über vorhandene oder nicht vorhandene Missstände im Reichstage sprach, ist der Arbeitsausschuss gut genug, die Verwaltung herauszuhauen und als Wohnungsbehörde zu fungieren. Will die Belegschaft von Deutscher Kaiser" dem Arbeitsausschuss weitere Befreiungen überreichen, als dem Börsensteiner Kommentar stehen, so überlässt man ihnen die Mitkontrolle in den Gruben, sowie die Mitherabtragung bei Wohnfragen. So wie aber die Elf hierzu noch fruchtig gäten, dahinter gehören eine Reihe Fragezeichen."

Und so etwas nennt sich "Arbeitsausschuss"!

Mit der incede stehenden Wohnungsmisere hat sich nun auch die ähnlich in Dortmund tagende Generalversammlung des Bergarbeiterverbands beschäftigt. Am 9. Mai brachten die Delegierten von Oberhausen, Göttingen und Goslar wissentlich geradezu gravierendes Material zur Sprache, das die Engpassbahnen Angaben nicht nur bestätigt, sondern weit übertreift. Göttingen teilte mit, dass die Untersuchungskommission 750 Wohnungen inspiziert haben will. Dennoch seien 2300 Wohnungen in Anspruch genommen. Bevor die Kommission in die Wohnungen ging, wurden die Aufgaben der Polizei aufgefordert, die Wohnungen zu reinigen und schön in stand zu setzen. Die Ortsverwaltung des Bergarbeiterverbands in Marienloh-Hamborn lehnte ebenfalls eine Untersuchungskommission ein, der Göttinge angehört. Er stellte fest: dass eine Reihe Wohnungen so säien, dass das Wasser die Wände herablaufen und alle Möbel verfault seien. Selbst Matratzen und Bettwäsche seien vermodert, obwohl sie einen Fuß vom Boden weg stehen. Die "Verdirbung" des wirtschaftlichen Arbeitsausschusses sei am besten charakterisiert durch die Feststellung, dass die Leute, in deren Rauchfang man die vielen Schäden entdeckt, beim großen Streik am zweiten Tage ohne Brod waren und Unterstützung haben mussten.

Der Delegierte Göttingen, ebenfalls Mitglied der Untersuchungskommission, konstatierte, dass auf der Kolonie Deutscher Kaiser" 840 "Wohnungen" leerstehen, weil die Bergleute in den Löchern nicht weiter hausen wollen und die Kolonie verlassen. Die Kommission rezipierte 2040 Wohnungen während der Arbeitsausschuss nur 750 rezipierte, von denen 81 als total naß befunden wurden. Das Wasser lief an den Wänden herunter, Möbel, Bettwäsche sind naß und vermodert. Einzelne Frauen machen der Kommission weinende Angaben. Unter den Fußböden ist der Schwamm. Acht Wohnungen waren bewohnt, ehe Eltern angegangen waren. In mehreren Familien weigerten sich die Ärzte, nach längerer Erfahrung der Kinder, nach Medizin zu verschreiben, wenngleich die Eltern die Wohnung nicht verlassen. Zu der Mittwoch-Kontakt-Meldestrafe der Kolonie Obermaxloch waren im letzten Winter über 200 Personen an Rheumatismus erkrankt infolge derselben Wohnungen.

In 57 Wohnungen stand das Wasser im Keller bis an die Kellergewölbe. In vielen Wohnungen des Ortes sind nun bis 18 Personen in drei Räumen untergebracht. Die allermeisten Zimmer haben keine Heizung. Um nicht zu frieren, lagen die armen Insassen während der freien Zeit lagüber im Bett. Die nassen Kleider hingen an den Bettpfosten um zu trocknen. In einem Straßenengraben, der jahrelang mit stinkendem Schmutz gefüllt war, lagen derendete Schweine, Hunde und Fasane, ohne dass sie die Aufmerksamkeit der Polizei erregten.

In solchen "Wohnungen" müssen Arbeiter und ihre Familien, Bürger des "Kulturreiches" Deutschland, das an der Spitze der Sozialreform marschiert, zubringen. Ist das eine Schmach und eine Schande für Deutschland oder nicht?

Der Entwurf eines Wanderarbeitsstättengesetzes wurde dieser Tage im preußischen Abgeordnetenhaus besprochen. Es geht von folgenden Erwägungen aus:

Die Frage der Fürsorge für Wanderarbeiter hat den Landtag bereits wieder beschäftigt, ohne dass es jedoch bisher zu einem Eingreifen der Gesetzgebung gekommen wäre. Bei der Ausgestaltung dieses Zweiges der Armenfürsorge haben sich bisher zwei Systeme herausgebildet, das Verpflegungssystem und das Wanderarbeitsstättensystem. Das letztere System beruht auf der Anlegung eines enigmatischen Regels von Verpflegungsstationen an allen größeren Straßen des Landes. Das System der Wanderarbeitsstätten beruht dagegen gegenüber auf dem Gedanken, dass Stationen für Arbeit suchende Wanderer nur in einzigen wenigen größeren Orten eines Bezirks eingerichtet werden, wobei diese Wanderarbeitsstätten durchweg mit Arbeitsnachschweinen und die Arbeitsnachweise wiederum mitteleinander verbunden werden, so dass für den in eine Wanderarbeitsstätte eintretenden arbeitssuchenden Wanderer möglichst ein ausgebreitetes System organisch zusammengehöriger Arbeitsnachweise in Kraftstift tritt. Die Wanderarbeitsstätten sollen gewissermaßen Aufzugsstationen für alle in ihrem Umkreis befindlichen arbeitssuchenden Wanderer sein. Nach dem Gesetzentwurf soll der Provinziallandtag, das heißt haben, Land und Stadtkreis zur Anlage von Wanderarbeitsstätten zu verpflichten. Die Kosten soll der Provinz zu zwei Dritteln tragen, während die restlichen Drittel der Kreis aufzutragen soll. Die Kommission hat den Entwurf dahin abgeändert, dass der Staat verpflichtet wird, von den Kosten der mit Wanderarbeitsstätten verbundenen Arbeitsnachweise nach Berechnung mit den Provinzen einen angemessenen Bruchteil zu übernehmen. Ferner soll der Provinzialausschuss ermächtigt sein, auch Kreise, in denen keine Wanderarbeitsstätten liegen, denen aber die in anderen Kreisen derselben Provinz errichteten Stätten zu gute kommen, zu den Kosten dieser

Wanderarbeitsstätten heranzuziehen. Gegen die Vorschläge des Provinzialausschusses ist das Verwaltungsgericht verfahren zu lässig."

Die Kommission schlägt eine Resolution vor, die die Regierung erfordert, für eine rechtsgeschäftliche Regelung der Fürsorge für arbeitswillige Wanderer einzutreten.

Bei der Beratung zeigte sich der Abgeordnete v. Bodelschwingh als ein sehr gemütlicher Mann. Er sagte:

"Meine lieben Herren! Der Worte sind genau gewechselt, wir wollen jetzt Daten sehen. Ich möchte Sie alle einladen, morgen am Freitag in Hörsaal zu besuchen. Dort werde ich Ihnen ein Privatsymposium oder ein Publizum über die Wanderarbeiterfrage halten; denn also will ich darüber noch nicht Bescheid. Einige Freunde stimmen mir ohne weiteres bei, wie Du mein lieber Schmiedeberg. Aber die anderen bitten mich, die Reise zu haben und morgen herauszutunnen. Wer früh kommt, kann am Gottesdienst teilnehmen. Wer mit dem Elßlitz-Büge kommt, kommt morgen zu Mittagessen zu mir. Es gibt ein gutes Essen. Erbsen mit Speck. Bei uns können Sie sich anschauen, was eine Wanderarbeitsstätte ist. Wir bearbeiten 54 Morgen. Wir verdanken der Stadt Berlin, die uns auf 18 Jahre unentgeltlich den Wald gegeben hat, obgleich mein lieber Schmiedeberg die Länderei immer zugelobt hat. Wir geben den Landwirtschaftlichen inmitten einer Fingerring. So zieht man arbeitswillige Arbeiter heran. Eine gewisse Zucht muss freilich dabei sein; denn viele kommen nur wegen des schönen Essens. Doch darüber wollen wir uns morgen unterhalten. Es ist eine soziale Sache, den armen lieben Freunden von der Landstrasse zu helfen. Stimmen Sie heraus. Sie werden einen fröhlichen Tag haben. Seien Sie sich heute Abend bei mir, ich werde die Wagen befordern. Auch Du, mein lieber Minister, bleibt nicht fehlen! Tue mir die Liebe und mache die Fahrt mit! Auf Wiedersehen also, liebe Herren, auf morgen frisch!"

Es verlautet nichts darüber, ob die lieben Herren dieser von ihnen mit Heiterkeitsausbrüchen aufgenommenen freundlichen Einladung gefolgt sind, ob sie mitgebetet, dann Erbsen mit Speck gegessen und sich einen fröhlichen Tag gemacht haben.

Konservative Fahrkartensteuergegner. Das preußische Herrschaftsamt nahm einen Antrag des Herrn Dr. Burgsdörff an, in dem die Regierung erfuhr, wie ihr Einfluss im Bundesrat dahin gelten zu machen, dass die Fahrkartensteuer, welche zugleich der Personalentlastungsreform den Verkehr, besonders auf weite Entfernung, sehr bedeutend belastet, möglichst bald wieder aufgehoben werde, zumal diese Steuer die preußischen Finanzen erheblich belastet und dem Reich andere umfassende Steuerquellen zu Gebote seien."

Die Junter und Junfergenossen haben damit nicht etwa ein Bekenntnis zu Erleichterung des Verkehrs abgelegt. Ganz im Gegenteil. Ihnen sind die Fahrtpreise, die für Arbeiter in Betracht kommen, ein Dorn im Auge. Der Antagsteller sagte u. a.:

"Doch man die vierte Wagenklasse steuerfrei lässt, ist eine Konsequenz. Die Arbeiter arbeiten in den Großstädten, fahren dann Sonntags in die Vororte und infizieren die dortige Bevölkerung mit sozialdemokratischen Gedanken.

Greifen mit seinem abgedrehten Eisenbahnmotiv wird durch die Fahrkartensteuer am schwersten getroffen. Ausgiebige Steuerauflagen sind für das Reich genügend vorhanden. Die indirekten Steuerauflagen sind nicht erlösbare, sondern nur verstopft aus Respekt vor den Sozialdemokraten, die vielleicht schwierig gestrichen werden können, und aus Furcht vor einem Zeitschriften, die nichts von der Sache verstehen. Es wird zielbewusst genommen auf die Pfeife und das Glas des armen Mannes. Der arme Mann hat ebenso eben gut seine Zigarette und Zigarre; das Preisschild kostet nicht mehr.

Ausoher mit der Fahrkartensteuer für die vierte Klasse! Das ist junfernliche Arbeiterschwachsinn!"

Bur Wertzuwachssteuer liefert die Mitteilung eines Berliner Blattes einen interessanten Beitrag, wo es über Berliner Hotels heißt:

"Das Hotelgrundstück Friedrichstr. 100 (Hotel Monopol) ist im letzten Jahr zweimal verfoult worden, am 17. März 1908 von den ehemaligen Besitzern Nathenau, Baurat Hein und den Löwenherren Erben für 7 Millionen an Herrn Eberbach und am 16. Dezember 1908 von diesem für 9 Millionen an den Hotelier Hilgenfahrt."

Man beachte, dass hier innerhalb neuer Monaten zwei Millionen Mark "verdient" worden sind, wofür die Glücksräuber nichts reinkriegen. Sollte Verdienstleistung rechtfertigen das Belangen nach einer frätiligen Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses an Gebäuden und Grundstücken. Freilich, unsere Stadtvormüller, in denen die Grundbesitzer dominieren, wollen davon im Interesse ihres Geldbeutels nichts wissen!

Maurerbewegung, Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte: Hamburg, Ochsenwälder, Kirchwärder (Streiks), Cuxhaven (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Burg b. Wilster, Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Heiligenhafen, Alt-Rahlstedt, Flensburg (Streiks).

Mecklenburg:

Neubrandenburg (Aussperrung), Neukalen (Streik), Silze (Sperre über Holdorf), Gadebusch, Rostock (Differenzen), Boizenburg (Differenzen);

Brandenburg:

Berlin (Aussperrung). Das Berliner Lohngebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Borsigdorf, Alt-Glinicke, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr. Lichtenfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nienhöfen, Haselhorst, Dallendorf, Bernickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hemersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von der Aussperrung erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennigsdorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Bruckmühle (Sperre über Conrad, Schulz und Krause), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gallun) in Gallun;

Pommern:

Stolp (Aussperrung), Pölitz (Sperre über Paape), Wolgast (Differenzen);

Ost- und Westpreussen:

Rastenburg (Differenzen), Sensburg (Aussperrung);

Posen:

Schwarsen, Schmiegel (Streiks), Pinne, Kolmar (Differenzen);

Königl. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marion & Kunze, Bahnhofsbaute, Steyks in Möckern, Solstrasse, Gottlieb-Tschirley in L. Gorlitz, Pariserstrasse, Hänseler, L. Anger, Spichernstrasse), Oderwitz (Sperre über Kräsing), Wurzen (Sperre über Lehmkuhl in Pitschau), Schneeberg (Sperre über G. Heckel in Schneeberg und Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlema);

Schlesien:

Oltau, Sagan (Streiks), Schmiedeberg (Differenzen)

Thüringen:

Weida-Wünschendorf, Meuselwitz, Meinungen, Saalfeld (Streiks), Zeckau (Sperre über Müller in Meuselwitz und über die Zuckerraffinerie in Rositz), Sonneberg (Differenzen), Gräfenhain (Sperre über Bauersachs);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Brinkum, Lauterberg (Streiks), Hameln (Aussperrung), Stadt (Sperre über Büdingen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Nauburg a. d. S. (Sperre über Emil Müller, Kanoniervorstrasse), Wettin (Sperre über Zeche Johanneshof, Unternehmer Röber), Bitterfeld, Bornhansen, Halle a. d. S., Egeln, Börne, Artern, Torgau, Wanzeleben (Streiks), Bernburg, Oschersleben (Aussperrungen), Nebra (Sperre über Knabe in Rossleben), Zeitz (Differenzen), Kenschberg (Sperre über Alb. Jakob), Osterwick (Sperre über Witte und Wilhelms);

Rheinland:

Düsseldorf (Sperre über das Röhren- und Blechwalzwerk Lirenfeld), Hellingenwald bei Trier (Sperre über P. Broschort), Ketwig (Sperre über Endlein), Aachen (Streik), Rheinhessen (Streik);

Westfalen:

Bünde, Herford (Streiks);

Hessen:

Oppenheim (Sperre über A. Gesinn und Florian Krayer), Rinteln, Lorsch, Allendorf a. d. Werra (Streiks);

Baden-Pfalz:

Friesenheim b. Lahr, Neustadt a. d. Haardt, St. Ingbert, Wiesloch (Streiks), Boxheim (verschiedene Sperren), Offenburg (Differenzen);

Elsass-Lothringen:

Strassburg (Sperre über Ph. Frey);

Württemberg:

Reutlingen (Aussperrung);

Bayern:

Bad Tölz, Bamberg, Gulmbach, Schwandorf (Streiks), Lauf a. d. Salzach (Sperre über Schönherz), Landsberg (Differenzen);

Fliesenleger:

Hannover (Streik).

Oesterreich:

Hallein, Weißwasser, Laa (Streiks).

Europa-Berlin. Lieber die Versammlung des Gewerbevereins Berlin vom 7. Mai, deren Vereinigung des Schiedsprüches zum Aussperrungsschluß des Unternehmerverbandes geführt hat, entnehmen wir den "Vorwärts" nadstehenden Bericht. Rechtsreferent Silbermann führt aus: Am 4. Mai sind unsere Betriebsmänner zusammengetreten und haben nochmals beraten, ob es nicht möglich sei, auf der Grundlage des Schiedsprüches einen Vertrag abzuschließen. Das war und über ist eingehend erwogen worden. Die Verbandsleitung hat den Standpunkt vertreten, dass es besser sei, den Schiedspruch anzunehmen. Die Betriebsmänner dagegen, haben es einstimmig erklärt, sie seien nicht in der Lage, den Mitarbeiter die Annahme des Schiedsprüches zu empfehlen, sie wüssten der heutigen Verhandlung vielmehr raten, es bei der Abrechnung des Schiedsprüches zu lassen. (Vorwärts). Die Betriebsmänner glauben davon aus, dass die Verkürzung der Arbeitszeit nicht notwendig wie möglich ist. Notwendig ist die Verkürzung aus folgenden Gründen: Das Arbeitsgebot dehnt sich immer weiter aus. Simmer größer wird die Entfernung zwischen der Wohnung des Arbeiters und der Arbeitsstätte. Die Arbeitszeit wird also durch den Weg nach und von der Arbeitsstätte immer mehr verlängert. Die fortgeschreitende Steigerung der Arbeitsleistung nimmt die Kräfte des Arbeiters in immer höherem Maße in Anspruch. Im Interesse der Gesundheit des einzelnen Arbeiters, sowie im Interesse der Erfüllung der Vollstrafe ist eine Verkürzung der Arbeitszeit eine dringende Notwendigkeit. Es wäre Aufgabe der Gesetzgebung, mit Rück-

sicht auf das Allgemeininteresse einen Normalarbeitszeittag von acht Stunden festzulegen. Da aber von dieser Seite nichts zu erwarten ist, so müssen die Arbeiter selbst eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen suchen. — Die Unternehmer behaupten, das Baugewerbe gehöre zu den gefundesten Berufen. Das ist ein großer Irrtum, der zahlenmäßig widerlegt werden kann. Die Gewerkschaftsmitglied ergibt, daß die Bauarbeiter in hohem Grade von Berufskrankheiten und Rheumakramus, Magen- und Darmleiden, Erkrankungen der Nervengänge heimgesucht sind. — Allen Krankheiten gehörten bei den Bauhilfsarbeitern 82 %, bei den Maurern 89 %, bei den Zimmermännern 41 % zu diesen Berufskrankheiten. Diese Angaben deuten sich auf ganz Deutschland. In Berlin liegen die Verhältnisse noch ungünstiger. Von den Mitgliedern der Ortsgruppenstelle der Maurer 1906 50 % an den genannten Berufskrankheiten. Die Aufstellung des statistischen Amtes der Stadt Berlin umfaßt 55 Ortsstellen mit rund 299 000 Mitgliedern. Davon kommen 17747 auf die Maurerkasse. Diese Statistik zeigt folgendes: Von 100 männlichen Mitgliedern aller 55 Kassen waren 89,1 krank, von der Maurerkasse aber 47,8. Gestorben sind von 100 Mitgliedern der 55 Kassen 0,97, von den Maurern 1,18. Die Zahl der Krankheitstage, die auf ein Mitglied entfallen, beträgt in allen Kassen 10,03, bei den Maurern 11,63 im Jahre 1905 und 10,97 im Jahre 1904. Diese Zahlen deuten also, daß die Gesundheitsverhältnisse im Bauwesen unter dem Durchschnitt in anderen Berufen stehen. Die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit aus gesundheitlichen Gründen ist demnach nicht vor der Hand zu weilen. — Die Möglichkeit, die Arbeitszeit zu verkürzen, ist ebenfalls gegeben. Die Unternehmer erläutern die Verkürzung der Arbeitszeit für unmöglich, weil dadurch der Mittelstand geschädigt, die großen Geschäfte aber beginnungsweise, auch sei es nicht ungleich, belastigter Arbeitszeit die Bauten in den gegebenen Fällen fertig zu stellen. — Was die baulichen Schädigungen des Mittelstandes betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß dieselbe nicht durch die Forderungen der Arbeiter, sondern durch die Ausbreitung des Großkapitalismus im Baugewerbe zurückgedrängt wird. Der Großbetrieb mit seinen baulichen Einrichtungen führt auch die größeren und besseren Arbeiten aus. In diesem Jahre werden etwa 40 % aller Arbeiten von Großbetrieben ausgeführt. — Die Baufirmen können auch nach Einführung des Arbeitentwertungsmittels eingeschafft werden, wenn nur möglich viele Arbeiter eingestellt und nötigenfalls Tag- und Nachschichtsweise gearbeitet werden, wie schon heute vielleicht geschieht. Bauten auf neu gebauten Grundstücken können ohne weiteres früher angefangen werden, um zur rechten Zeit fertig zu sein. — Dem Einwand, daß mit Rückfall auf das Material die Festigkeit des Bauwerks nicht schneller gebaut werden kann, wird dadurch begegnet, daß ja schon heute Maurerwerk mit großer Dragsfähigkeit in Tag- und Nachschichten hergestellt wird, ohne die Festigkeit darunter leidet. In England, Amerika und Australien besteht seit Jahrzehnten der Wettbewerb im Baugewerbe und die Bauten sind dort mindestens so fest und sicher wie in Deutschland, wo der Arbeitszeittag 9 bis 11 Stunden lang ist.

Unsere Vertrauensmänner haben natürlich auch die Frage der Konjunktur geprüft. Sie sind der Meinung, die Konjunktur in Berlin ist immer noch derart, daß an die erfolgreiche Durchführung einer Verkürzung der Arbeitszeit gebacht werden kann. So sehr es auch zu bedauern ist, daß ein einzelner Kampf im Baugewerbe viele Arbeiter anderer Berufe in Mittelstandsschicht ziehen wird, so hoffen wir doch sicher, daß diese Arbeitszeitverkürzung, wenn sie die Verbesserungen der Bauarbeiter dienen, dem allgemeinen Kulturförderung und, und deshalb die Arbeiter anderer Berufe der Bewegung der Bauarbeiter nicht nur sympathisch und solidarisch, gegenüberstehen, sondern sie auch nach Möglichkeit moralisch fördern werden.

Angesichts der Einigkeit in der Sichtung der Vertrauensmänner geben unsere Organisationen ihren Widerstand auf (Bravo!) — natürlich unter voller Wahrung ihres bisherigen Standpunktes — und schließen sich dem Wunsche des Vertrauensmannes an, der dahin geht, dem Vorstand des Einigungsausschusses mitzutun, daß wir ihm für keine Beleidigungen beklagen danken, daß der Centralverband der Maurer aber trotz nochmaliger Erwähnung auch heute nicht in der Lage ist, den Schiedspruch anzunehmen. — Ebenso einigung wie in der Ablehnung des Schiedspruches war die Vertrauensmännerförmung der Meinung, daß die Organisation und die Mitglieder des Centralverbandes der Maurer genugt gewesen wären, einen Vertrag abzuschließen, wenn innerhalb der dreijährigen Vertragsdauer eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde eingeschafft werden sollte (Sehr richtig!) natürlich mit einer nochmaligen Lohnverkürzung, die den neuen Lohnlohn ergeben würde, so für die neuzeitliche Arbeitszeit. Wenn die Arbeitgeber wirklich so für die Erhaltung des Friedens sind, wie sie es bisher öffentlich befunden haben, so würden die Organisationen im Baugewerbe zu weiteren Verhandlungen auf dieser Grundlage jederzeit gern bereit sein. (Sehr richtig!) Aus ihrer Zustimmung sehe ich, daß dies auch die Meinung der Mitglieder ist, ohne daß wir es durch eine Abstimmung feststellen brauchen. (Sehr richtig!) Wir empfehlen aus diesen Gründen die nochmalige Ablehnung des Schiedspruches. Wir ersuchen die Mitglieder, heute keine weiteren Bedrücke zu rufen, sondern abzuwarten, was die Unternehmer am Freitag beschließen werden.

Damit habe ich mich des Auftrages entledigt, den mir die Vertrauensmännerstimmung erteilt hat.

Nun folgte eine rege Diskussion. Der erste Redner, Babel, bemühte, möglichst mit den Unternehmern in Verbindung zu treten und anzufragen, wie weit sie den Arbeitern entgekommen wollen. Der Redner und sein Antrag fanden keinen Eiderdruck. Die folgenden Redner erklärten sich alle für den Antrag der Vertrauensmänner, jedoch waren die meisten nicht damit einverstanden, daß man eine abwartende Haltung einzunehmen. Andere Redner riefen zum Streik, der möglichst bald beginnen möge. Silber schwitzt trat im Schlusshorn nochmals für den Antrag des Vertrauensmänner ein und sprach gegen die weitergeführten Ansichten der Diskussionsredner. Der Antrag der Vertrauensmänner, an der Ablehnung des Schiedspruches festzuhalten, wurde fast einstimmig angenommen. Nur einzelne Hände erhoben sich gegen denselben.

Zu Schmiedel sind Montag, den 8. 5. 1907, die im Centralverband organisierten Maurer in den Streik eingetreten. Die Unternehmer hatten einen Gesellenverein gegründet, um den Centralverband zu sprengen. Hiergegen machten unsere Mitglieder energisch Front. Den fortgesetzten Versammlungen gelang es, die Meisterschaftsorganisation zu sprengen. Nun mehr kehrten die wieder geeinten Maurer neue Lohn- und

Arbeitsbedingungen, da in dieser Hinsicht in Schmiedel bisher die größte Willkür herrschte. Es wurden Löhne von 24 bis 34 % pro Stunde gezahlt, die Arbeitszeit betrug 11 Stunden. Es wurden anfänglich 40 % pro Stunde und die zehnstündige Arbeitszeit gefordert, die Forderung indessen auf 37 % pro Stunde und die Arbeitszeit auf 10½ Stunden ermäßigt. Auch diese ermäßigte Forderung wurde von den Unternehmern abgelehnt. Der Vertrauensmann, Kollege Schulz aus Bösen, versuchte am Dienstag mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbands, Maurer- und Glasmünnerei Chemnitz, Verhandlungen einzuleiten, wurde aber entschieden zurückgewiesen mit der Motivierung, daß man mit Vertrauensmännern von Organisationen nicht verhandeln wolle. Dagegen zwischen sich aber die Herren vom Arbeitgeberverband für den Bezirk Lissa in diese Angelegenheit ein, indem sie eine „Schwarze Liste“ durch ihren Bezirksvorstand verbanden.

Die Vertragsklärung hat folgenden Wortlaut:

Schmiedel i. P., den 6. Mai 1907.

Sehr geehrte Herren Kollegen!

In Schmiedel, Kreis Schmiedel i. P., sind am 6. Mai dieses Jahres sämtliche organisierten Maurer in den Ausschluß getreten.

Dieselben forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 34 % auf 40 %. Von den Mietern ist ihnen in diesem Jahre der Lohnsatze von 32 % auf 34 % erhöht.

Die hiesigen Meister und Bauunternehmer des Baugewerbes (Mitarbeiter des Arbeitgeberverbands) sind fest entschlossen, in dem ihnen ausgewogenen Kampfe ihre Stellung zu wahren. Es handelt sich auch hier bei diesem Streik lediglich um eine Machfrage der zentralorganisierten Maurer. (Der alte Blödmann! Red. d. „Grundstein“.)

Wir bitten die werten Herren Kollegen dringend, uns hierzu zu unterstützen, indem Sie die nachfolgenden maßnahm aufzugeben. Leute unter seiner Leitung einzustellen, sowie dies bereits geschehen sein sollte, diese unverzüglich wieder zu lassen.

Mit kollegalem Gruß und bestem Dank!

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Lissa i. P. — G. Müller.

Es folgen dann 49 Namen der Freiberufler mit Angabe des Wohnorts, des Geburtsorts und des Datums. Diese Leute sprechen von einer Machfrage. In der ganzen Umgegend betragen die Löhne bereits 38 bis 39 % pro Stunde und da die Schmiedeler Kollegen ähnliche Löhne haben wollen, saßen die Unternehmer von Nachfrage. Der Arbeitgeberverband wurde besser seine Pflicht tun, wenn er die Löhne reguliert hätte, damit die Schmiedeler Unternehmer nicht wie die Heuschober über den Arbeitsmarkt herauftreten könnten. Im ungefährten Falle schwinden die Unternehmer über die von Schmiedel betriebene Schwierigkeiten.

Die Lohnbewegung in Schwerin, die bereits die vier Wochen dauer, hat ihren Abschluß noch nicht gefunden. Die Unternehmer verharren in Starrfinsternis, obgleich kein Zug zu verzeichnen ist. Die Zahl der Streikenden beträgt nun noch neun.

Gau Bremen. Aus Würzburg wird dem „Grundstein“ berichtet, daß dort drei Kollegen gemeldet worden sind; es wird deshalb um Fernhaltung des Zusages ersucht. Was die Kollegen unternommen haben, um sich dieser Unternehmensfeind der Unternehmer zu entwischen, wird nicht berichtet.

In Bremen stand das Baugewerbe wieder direkt vor einem ersten Konflikt. Die Unternehmer hatten beschlossen, jeden maßfreien Arbeiter für die Dauer der ersten Maiwoche von der Arbeit auszuschließen. Am 30. April lösten nun einige Kollegen regelrecht ihre Arbeitsverhältnisse und ließen sich auch beweislegend eine Entlassungsschein ausstellen. Das bewog die Leitung des Arbeitgeberverbands dazu, zu verfügen, keinen Maurer, Zimmerer oder Bauarbeiter einzustellen, der nicht nachweisen könnte, daß er am 1. Mai gearbeitet habe. Dadurch wurden nun nicht die Maßdemonstrationen, sondern auch die zeitweilig arbeitslosen resp. freien Kollegen betroffen. Außerdem sollten aber auch Arbeiter, die zu dem Unternehmer, bei dem sie vor dem 1. Mai gearbeitet hatten, nicht wieder zurückkehren wollten, innerhalb der nächsten 14 Tage nicht von anderen Unternehmern eingestellt werden. Diese Verhinderung der Arbeitsfreiheit charakterisiert sich nach Lage der Sache als ein flagrant Bruch des in Bremen bestehenden Vertrages, denn die Arbeitgeberorganisationen nicht so ruhig hinnehmen konnten. Die Lage späte sich bedrohlich zu und fast kamen es, als ob ein Konflikt unvermeidbar sei. Durch das Dazwischenstecken des Haupvertretendes kam es dann zu einer Sitzung der Schiedskommission, in der eine kampflose Friedenslösung herbeigeführt wurde. Die Unternehmer wollten völlig aufzugeben, ihre Erfasse wölkten sie nicht so genutzt haben, wie sie von den Arbeitern aufgezeigt wurden. Es sind nun alle Arbeiter frei eingestellt, so daß die Gefahr eines Kampfes nicht mehr vorhanden ist.

Gau Breslau. Da in den meisten Zweigvereinen des Gauverträge defekt sind, so sind die Lohnbewegungen in diesen Fällen nicht so zahlreich wie im vorjährigen Jahre.

In Breslau ist es, wo der Tarif absteht, schwer es ist die Unternehmer bislang nicht erst zum Kampf zu bringen, allerdings mit Ausnahme einiger ländlicher Unternehmer, die über inzwischen vereinbart durch Kommissionen geprägt wurden, den neuen Tarif anzuvertragen. Bereits wurde die Erhöhung des Lohnes von 32 auf 26 % und eine Arbeitszeitverkürzung von 10 % auf 10 Stunden.

Zur benachbarten Orlau wird wegen Anerkennung beiderseitiger Forderungen gegenwärtig hartnäckig gekämpft. Den Unternehmer Rother gelang es, in den letzten Tagen die Italiener einzufriedigen, die aber das Ziel auch nicht fest machen werden, selbst wenn sie ihm treu bleibten, was noch fraglich ist.

In Reichenbach, wo wir mit den Christen leider Abmachungen aufzunehmen vorgingen, gelang es uns ebenfalls, ohne Kampf unsere Forderungen gehalten zu durchzubringen. Freiheit wurde eine Erhöhung des Lohnes von 32 auf 36 % in diesen und 30 % in den nächsten zwei Jahren. Die Arbeitszeit wurde ebenfalls auf zehn Stunden verlängert. Beiderseitig mußten die Kollegen einen dreijährigen Vertrag eingehen.

Achbild ging die Sache in Pleissen (Provinz Sachsen), nur daß wir der Abweichung dabei mit der politischen Organisation zusammengingen. Die Arbeitszeit wurde hier sofort von 11 auf 10½ Stunden und im Jahre 1909 auf

10 Stunden verkürzt, der Lohn wurde von 34 auf 38 % und für das Jahr 1909 auf 48 % erhöht.

In Ostrauo, sprechen sich die Unternehmer noch gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Aber auch hier dürfen wohl bald dieselben Bedingungen festgesetzt werden. Hier hat der Unternehmer Baum jetzt 70 Italiener hereingeschleppt.

In Landeshütte haben unsere Kollegen ebenfalls Forderungen gestellt, die aber bei dem geringen Entgegenkommen des Unternehmers nur durch Streik durchgesetzt werden können.

Dasselbe trifft für Schwerin zu, jedoch müssen in diesem Orte die Kollegen erst ihre Methoden besser schließen, um den Unternehmern mit Erfolg entgegentreten zu können.

In Peterswalde, dem großen Weberort, dürfte ebenfalls in den nächsten Tagen der Kampf entbrennen.

Bei Beuthen für reisende Kollegen dienen, daß gegenwärtig in Breslau großer Arbeitsmangel herrscht. Von circa 2400 im Vorjahr beschäftigten Kollegen werden jetzt ungefähr 1200 arbeiten; Hunderte haben in diesem Jahre überhaupt noch gearbeitet. Natürlich ist es im Waldburg-Zabergäu und im Landkreis Bautzen ebenso.

Gau Cassel. Am 6. Mai sind die Kollegen in Altenbörgerfeld eingetreten. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 34 % auf 40 %.

Von den Mietern ist ihnen in diesem Jahre der Lohnsatze von 32 % auf 34 % erhöht.

Die hiesigen Meister und Bauunternehmer des Bau- und Glasgewerbes (Mitarbeiter des Arbeitgeberverbands) sind fest entschlossen, in dem ihnen ausgewogenen Kampfe ihre Stellung zu wahren. Es handelt sich auch hier bei diesem Streik lediglich um eine Machfrage der zentralorganisierten Maurer.

Wir bitten die werten Herren Kollegen dringend, uns hierzu zu unterstützen, indem Sie die nachfolgenden Maßnahmen aufzugeben. Wenn die Arbeitgeber weiter gehandelt werden, so muß dies jetzt ein vom Vorsitzenden verhindert werden.

Mit kollegalem Gruß und bestem Dank!

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Lissa i. P. — G. Müller.

Es folgen dann 49 Namen der Freiberufler mit Angabe des Wohnorts, des Geburtsorts und des Datums. Diese Leute sprechen von einer Machfrage. In der ganzen Umgegend betragen die Löhne bereits 38 bis 39 % pro Stunde und da die Schmiedeler Kollegen ähnliche Löhne haben wollen, saßen die Unternehmer von Nachfrage. Der Arbeitgeberverband wurde besser seine Pflicht tun, wenn er die Löhne reguliert hätte, damit die Schmiedeler Unternehmer nicht wie die Heuschober über den Arbeitsmarkt herauftreten könnten. Im ungefährten Falle schwinden die Unternehmer über die von Schmiedel betriebene Schwierigkeit.

Die Lohnbewegung in Schwerin, die bereits die vier Wochen dauer, hat ihren Abschluß noch nicht gefunden. Die Kollegen verharren in Starrfinsternis, obgleich kein Zug zu verzeichnen ist. Die Zahl der Streikenden beträgt nun noch neun.

Gau Danzig. Eine zuerst fröhle Aussperrung haben die Unternehmer in Sensburg vorgenommen. Die Kollegen mussten bisher noch elf Stunden arbeiten und verlangten jetzt die zehnstündige Arbeitszeit um 4 % Stundenlohn.

Die Unternehmer verlangten die Abschaffung eines dreijährigen Vertrages und die Belastung der elfstündigen Arbeitszeit. Als die Kollegen dies entschieden ablehnten, wurden sie am 8. Mai ausgeschlossen. Von der Unzufriedenheit der Unternehmer zeugt folgender Brief:

Sensburg, den 8. Mai 1907.

An die Lohnkommission der Maurergesellschaft

der Stadt Sensburg.

Da Sie in eigenmütiger Weise eine durch nichts begründete Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzen wollen und mutwillig eine Arbeitszeitstellung herbeizuführen beabsichtigen, teilen wir Ihnen hierauf mit, daß wir heute, Freitag Abend, alle bestellten Maurergesellschaften entlassen und denselben den Bittschreiben zu unseren Arbeitsstellen unterlagen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Ortsverband Sensburg,

p. Hermann Küte, Broder.

Also sitzt die im Arbeitgeberbund organisierten Unternehmer Sensburgs sitzt die zehnstündige Arbeitszeit durch nichts begründet und die Maurer sind eigenmütig, wenn sie eine menschenwidrige Arbeitszeit verlangen! Die Sensburger Kollegen werden zum Arbeiter der Unternehmer nur einmal in ihrem Eigentum behalten und die Unternehmer werden nachgebeten müssen. Die Situation ist äußerst günstig, indem für 100 Maurer Arbeit vorhanden ist, obwohl bis jetzt bloß 25 beschäftigt waren. Die Kollegen können alle in der Umgegend zu besseren Bedingungen als in Sensburg Arbeit erhalten.

Die Lage in Stolp ist unverändert. Der zweite Bürgermeister von Stolp hat verfügt, mit den Unternehmern eine Einigung anzustreben, die aber an der Starrfüßigkeit des Unternehmers gescheitert ist. Die Herren sind eigenmütig, wenn sie eine menschenwidrige Arbeitszeit verlangen! Die Sensburger Kollegen werden zum Arbeiter der Unternehmer nur einmal in ihrem Eigentum behalten und die Unternehmer werden nachgebeten müssen. Die Situation ist äußerst günstig, indem für 100 Maurer Arbeit vorhanden ist, obwohl bis jetzt bloß 25 beschäftigt waren. Offenkundig werden die Unternehmer durch diesen Kampf dahin gebracht werden, daß sie selbst mit Kelle und Hammer nicht so stramm gehandelt gefühlt bekommen, als wenn sie mit den Gesellen den Frieden aufrecht erhalten.

In Cottbus wurde nach wiederholten Verhandlungen am Freitag, den 8. Mai, zwischen dem Verband der Baugewerbe von Cottbus und dem Vertreter unseres Zweigvereins ein Vertrag auf die Dauer von drei Jahren (bis 30. März 1910) vereinbart. Der Vertrag bestimmt eine flächendeckende Lohnverkürzung und findet die festgesetzten Stundenlöhne als Mindestlohn anzusetzen. Für 1907 beträgt der Lohn 48 %, für 1908 46 % und für das letzte Jahr 48 % pro Stunde.

Die Arbeitszeit bleibt für die drei Jahre eine zehnstündige. Für Arbeiter gelten bis auf einige Verkleinerungen, allerdings auch einige Verkleinerungen, die Bestimmungen des alten Vertrages. Neu ist im Vertrage die Bildung einer sechsgliedrigen Kommission, die zur Hälfte aus Unternehmern und zur Hälfte aus Arbeitern besteht. Zwei Mitglieder dieser Kommission, ein Unternehmer und ein Arbeiter, bilden eine Unterkommission.

Eine Verhinderung und möglichst eine Erledigung entstehender Differenzen. Eine Verhinderung, in der die Möglichkeit des Zweigvereins Cottbus fast vollständig erschienen war, lagte Mittwoch, den 8. Mai, und summire diese dem Vertrage gegen nur einzelne Stimmen zu.

Der Streik in Pelpin ist durch Vertragsabschluß beendet worden. Erreicht wurde die Verkürzung der Arbeitszeit

von 12 auf 11 Stunden, eine Erhöhung des Gehaltes von 33 Δ auf 40 Δ und bei Lederarbeiten auf 42 Δ . Sämtliche Kollegen waren bis auf einen abgereist, der zur Aufrechterhaltung am Orte blieben musste.

Zu Sachsenhausen ist die Bewegung ebenfalls in der Hauptsache beendet. Kreislich wurde hier die geforderte Erhöhung des Gehaltes auf 43 Δ . Noch nicht erledigt ist die Bewegung bei dem Maurermeister Schmidt aus Kettlitz, der im hiesigen Lohnbezirk Arbeiten auszuführen hat, aber noch keine geregelte Arbeitszeit und keinen Stundenlohn einführen will. Über aus dieser gute Mann, der sich seine Maurer immer noch aus den rücksichtigen Bedingungen holt und in vorjährigen Jahren nach dem Streit in Tiefenbach wohlschön geworden ist, wird sich unseren Forderungen fügen müssen.

Gau Dortmund. In Bielefeld haben die Unternehmer unserer Kollegen entweder statt abgelehnt oder gar keine Antwort gewürdigt. Infolgedessen sind die Kollegen am 10. Mai in den Streit eingetreten. Die Bewegung haben sich auch die Bauhilfsarbeiter angelöst.

Gau Erfurt. Der Streit in Sachsen ist beendet. Die Kollegen haben das Angebot der Unternehmer von 35 Δ angenommen. Sie forderten 38 Δ Stundenlohn. Dieser Erfolg hat lediglich die guten Organisation zu danken. Hoffentlich halten die Kollegen nun daran fest.

Die Situation in Meiningen hat sich bisher nicht verändert. Die Unternehmer suchen überall Arbeitswillige, doch in es uns bisher stets gelungen, sie wieder abzuschließen. Eine Ausnahme hieron machen nur die Arbeitswilligen aus Friedenshausen. Bezißt Unterfranken, die der Streitleitung erklärten, wenn der Streit gewonnen würde, dann würden sie ihren höheren Lohn wieder los- und sie hätten darum keine Ursache, mitzutreffen. Die Unternehmer lassen es sich nämlich Geld kosten; sie zahlen den Arbeitswilligen jetzt 45 Δ , also 10 Δ pro Stunde mehr, als sie vor dem Streit zahnten. Der Verlust des Arbeitgeberbundes, unsere abgerückten Kollegen wieder außer Arbeit zu bringen, mitsamt vollständig. Fortwährend werden Maurer nach auswärts verlangt, und zwar zu ganz anderen Wohnen, als in Meiningen gezahlt wurden. Es ist dadurch auch die Zahl der Unterstützungsberechtigten auf 15 Kollegen zurückgegangen. Wenn die Kollegen von Meinungen und Umgegend wie bisher standhalten und Meinungen weichen, dann werden auch andere Verhältnisse platzgreifen und die Löhne von 32 bis 35 Δ werden aufzuholen, auch wenn die Unternehmer noch so früh erklären, daß sie mit dem Centralverband nicht verhandeln werden.

Gau Frankfurt a. M. In Hochelheim a. M. unterbreiten die Kollegen am 28. April den Unternehmern die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 50 Δ ; seitlich bestrebt der Stundenlohn bis zu 45 Δ . Ohne Kampf wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Die Arbeitszeit von zehn Stunden täglich wird beibehalten. Der Stundenlohn beträgt vom 16. Mai bis 1. Juli d. J. 47 Δ , von da bis 1. April n. J. 48 Δ und von da bis 1. Mai 1908 50 Δ .

Aus Coblenz wird uns gefüllt: Endlich wird es den biegsamen Kollegen ernst mit der Verbesserung ihrer traurigen Lage. Am 15. April tagte im hiesigen Gewerbehause eine öffentliche Maurerversammlung, die sich mit der vor der hiesigen Beitung ausgearbeiteten Forderung beschäftigte. Die Vorlage wurde für gut befunden und einstimmig beschlossen, so den Unternehmern zuzusenden. In der am 29. April abgehaltenen öffentlichen Versammlung konnte konstatiert werden, daß die Kollegen, die recht zahlreich erschienen waren, gewillt sind, mit Entschiedenheit dafür einzutreten, daß die gestellten Forderungen durchgeführt werden. Zum Beweise, daß nun alle Kollegen Hand ans Werk zu legen gedachten, diene, daß alle in der Versammlung anwesenden nichtorganisierten Kollegen, 30 an der Zahl, dem Verband beigetreten sind, und daß auch in den folgenden Tagen Massnahmen für den Verband gemacht wurden. Es ist aber auch nicht zu bewundern, daß es endlich einmal so kommt, weil gerade in unserer von der Natur so reich gelegenen Rheingegend die erbärmlichen Löhne gezahlt werden, so daß der Arbeiter bei den teuren Lebensmitteln kaum noch in der Lage ist, sich und seine Familie ernähren zu können, während sie tagtäglich das glänzende Leben des Besitzbemittelten, die an den Ufern des schönen Vater Rheins lustwandeln, beobachten können. Da muß sich einmal auch bei den Arbeitern das Gefühl regen, daß auch sie Menschen sind, und daß die Zeit eigentlich vorüber sein soll, in der der Arbeiter für den Besitzenden Slavendienste verrichten müsse. Wahrscheinlich, die biegsamen Kollegen haben lange genug gehofft. Es ist die höchste Zeit, daß sie sich aus ihrer Gleichgültigkeit zu neuem Geschäft für sich und ihren Angehörigen aufrufen. Erfreulich ist, daß sich gerade die Kollegen der Orte, die uns so lange verschlossen waren, jetzt so rege an der Agitationarbeit beteiligen. Dies gibt uns die Gewähr, daß wir unsere Lohnforderung unter allen Umständen zu Gunsten der Kollegen durchführen werden. Gefordert wird die Erhöhung des Gehaltes um 8 bis 10 Δ pro Stunde und Festsetzung eines Mindestlohnes von 48 Δ pro Stunde, stetige Einnehmung und Durchführung der beschleunigten Arbeitszeit und sonstige Verbesserungen zum Schutz für Leben und Gesundheit der Kollegen. Die Forderung ist nicht so gestellt, als daß sie die Unternehmer nicht annehmen könnten. Sie sehen ja selber ein, daß eine Erhöhung des Arbeitslohnes notwendig geworden ist, und haben, mit einer Ausnahme, den Lohn um einige Pfennige bei den letzten Abnahmen erhöht. Die Kollegen nehmen diesen Abstand auf die Forderung freudig an, denken aber nicht daran, sich durch diese kleine Aufhebung von ihrer Forderung abringen zu lassen, weil sie ja alle aus der Zeit gelernt haben, daß es notwendig geworden ist, geschlossen und einheitlich eine gemeinsame Erhöhung des Arbeitslohnes zu erstreben, aber auch vertraglich festzulegen, wann eine Forderung überhaupt Wert habe soll. Hoffen wir, daß auch die Unternehmer aus der Zeit gelernt haben und gewillt sind, mit uns in Verhandlung zu treten, um auf friedlichem Wege eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Auch in Boppard haben die Kollegen in einer am 28. April stattgefundenen öffentlichen Versammlung beschlossen, Forderungen auf Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse einzurichten. In diesem hübschen Rheinstädtchen steht noch die einzündige Arbeitszeit bei einem Lohn von sage und schreibe 35 Δ pro Stunde. Gefordert wird die zehnstündige Arbeitszeit und die Erhöhung des Stundenlohnes für Maurer auf 48 Δ und für Bauhilfsarbeiter auf 36 Δ pro Stunde. Auch dort hoffen wir, daß es gelingen werde, die noch fern-

stehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen, um einheitlich die gestellte Forderung zu Gunsten der Kollegen durchzuführen zu können.

Gau Görlitz. In Goldberg kam es am 26. April zu folgenden Abmachungen: Für das Jahr 1907 wird ein Arbeitslohn von 37 Δ pro Stunde und eine Arbeitszeit von 11 Stunden festgesetzt. Von 1. April 1908 an wird ein Stundenlohn von 39 Δ bei zehnstündiger Arbeitszeit und vom 1. April 1909 an ein Lohn von 40 Δ pro Stunde bei gleichfalls zehnstündiger Arbeitszeit gezahlt. Die gegenwärtige Rundungsfrage wird aufgehoben. Der Lohn von 37 Δ wird vom 29. April an gesetzt.

Der Streit in Saarbrücken ist die Bewegung ebenfalls in der Hauptsache beendet. Kreislich wurde hier die geforderte Erhöhung des Gehaltes auf 43 Δ . Noch nicht erledigt ist die Bewegung bei dem Maurermeister Schmidt aus Kettlitz, der im hiesigen Lohnbezirk Arbeiten auszuführen hat, aber noch keine geregelte Arbeitszeit und keinen Stundenlohn einführen will. Über aus dieser gute Mann, der sich seine Maurer immer noch aus den rücksichtigen Bedingungen holt und in vorjährigen Jahren nach dem Streit in Tiefenbach wohlschön geworden ist, wird sich unseren Forderungen fügen müssen.

Gau Dortmund. In Bielefeld, Zweigverein

Duisburg, haben die Unternehmer die Forderungen unserer Kollegen entweder statt abgelehnt oder gar keine Antwort gewürdig. Infolgedessen sind die Kollegen am 10. Mai in den Streit eingetreten. Die Bewegung haben sich auch die Bauhilfsarbeiter angelöst.

Gau Erfurt. Der Streit in Sachsen ist beendet. Die Kollegen haben das Angebot der Unternehmer von 35 Δ angenommen. Sie forderten 38 Δ Stundenlohn. Dieser Erfolg hat lediglich die guten Organisation zu danken. Hoffentlich halten die Kollegen nun daran fest.

Die Situation in Meiningen hat sich bisher nicht verändert. Die Unternehmer suchen überall Arbeitswillige, doch in es uns bisher stets gelungen, sie wieder abzuschließen. Eine Ausnahme hieron machen nur die Arbeitswilligen aus Friedenshausen. Bezißt Unterfranken, die der Streitleitung erklärten, wenn der Streit gewonnen würde, dann würden sie ihren höheren Lohn wieder los- und sie hätten darum keine Ursache, mitzutreffen. Die Unternehmer lassen es sich nämlich Geld kosten; sie zahlen den Arbeitswilligen jetzt 45 Δ , also 10 Δ pro Stunde mehr, als sie vor dem Streit zahnten. Der Verlust des Arbeitgeberbundes, unsere abgerückten Kollegen wieder außer Arbeit zu bringen, mitsamt vollständig. Fortwährend werden Maurer nach auswärts verlangt, und zwar zu ganz anderen Wohnen, als in Meiningen gezahlt wurden. Es ist dadurch auch die Zahl der Unterstützungsberechtigten auf 15 Kollegen zurückgegangen. Wenn die Kollegen von Meinungen und Umgegend wie bisher standhalten und Meinungen weichen, dann werden auch andere Verhältnisse platzgreifen und die Löhne von 32 bis 35 Δ werden aufzuholen, auch wenn die Unternehmer noch so früh erklären, daß sie mit dem Centralverband nicht verhandeln werden.

Gau Frankfurt a. M. In Hochelheim a. M. unterbreiten die Kollegen am 28. April den Unternehmern die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 50 Δ ; seitlich bestrebt der Stundenlohn bis zu 45 Δ . Ohne Kampf wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Die Arbeitszeit von zehn Stunden täglich wird beibehalten. Der Stundenlohn beträgt vom 16. Mai bis 1. Juli d. J. 47 Δ , von da bis 1. April n. J. 48 Δ und von da bis 1. Mai 1908 50 Δ .

Aus Coblenz wird uns gefüllt: Endlich wird es den biegsamen Kollegen ernst mit der Verbesserung ihrer traurigen Lage. Am 15. April tagte im hiesigen Gewerbehause eine öffentliche Maurerversammlung, die sich mit der vor der hiesigen Beitung ausgearbeiteten Forderung beschäftigte. Die Vorlage wurde für gut befunden und einstimmig beschlossen, so den Unternehmern zuzusenden. In der am 29. April abgehaltenen öffentlichen Versammlung konnte konstatiert werden, daß die Kollegen, die recht zahlreich erschienen waren, gewillt sind, mit Entschiedenheit dafür einzutreten, daß die gestellten Forderungen durchgeführt werden. Zum Beweise, daß nun alle Kollegen Hand ans Werk zu legen gedachten, diene, daß alle in der Versammlung anwesenden nichtorganisierten Kollegen, 30 an der Zahl, dem Verband beigetreten sind, und daß auch in den folgenden Tagen Massnahmen für den Verband gemacht wurden. Es ist aber auch nicht zu bewundern, daß es endlich einmal so kommt, weil gerade in unserer von der Natur so reich gelegenen Rheingegend die erbärmlichen Löhne gezahlt werden, so daß der Arbeiter bei den teuren Lebensmitteln kaum noch in der Lage ist, sich und seine Familie ernähren zu können, während sie tagtäglich das glänzende Leben des Besitzbemittelten, die an den Ufern des schönen Vater Rheins lustwandeln, beobachten können. Da muß sich einmal auch bei den Arbeitern das Gefühl regen, daß auch sie Menschen sind, und daß die Zeit eigentlich vorüber sein soll, in der der Arbeiter für den Besitzenden Slavendienste verrichten müsse. Wahrscheinlich, die biegsamen Kollegen haben lange genug gehofft. Es ist die höchste Zeit, daß sie sich aus ihrer Gleichgültigkeit zu neuem Geschäft für sich und ihren Angehörigen aufrufen. Erfreulich ist, daß sich gerade die Kollegen der Orte, die uns so lange verschlossen waren, jetzt so rege an der Agitationarbeit beteiligen. Dies gibt uns die Gewähr, daß wir unsere Lohnforderung unter allen Umständen zu Gunsten der Kollegen durchführen werden. Gefordert wird die Erhöhung des Gehaltes um 8 bis 10 Δ pro Stunde und Festsetzung eines Mindestlohnes von 48 Δ pro Stunde, stetige Einnehmung und Durchführung der beschleunigten Arbeitszeit und sonstige Verbesserungen zum Schutz für Leben und Gesundheit der Kollegen. Die Forderung ist nicht so gestellt, als daß sie die Unternehmer nicht annehmen könnten. Sie sehen ja selber ein, daß eine Erhöhung des Arbeitslohnes notwendig geworden ist, und haben, mit einer Ausnahme, den Lohn um einige Pfennige bei den letzten Abnahmen erhöht. Die Kollegen nehmen diesen Abstand auf die Forderung freudig an, denken aber nicht daran, sich durch diese kleine Aufhebung von ihrer Forderung abringen zu lassen, weil sie ja alle aus der Zeit gelernt haben, daß es notwendig geworden ist, geschlossen und einheitlich eine gemeinsame Erhöhung des Arbeitslohnes zu erstreben, aber auch vertraglich festzulegen, wann eine Forderung überhaupt Wert habe soll. Hoffen wir, daß auch die Unternehmer aus der Zeit gelernt haben und gewillt sind, mit uns in Verhandlung zu treten, um auf friedlichem Wege eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Gau Hamburg. Die Lohnbewegung in Stade ist beendet. Den Unternehmern ist ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen. Der Stundenlohn steigt von 48 auf 50 Δ ; im nächsten Jahre wird die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden bestrebt. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes waren bis in letzter Zeit ziemlich uneinig geworden. Damit der Verband der Unternehmer nicht ganz in die Brüche gehen sollte, bemühten sich die Unternehmer, so schnell wie möglich einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Streit dauerte vom 16. Mai bis 1. Juli d. J., von da bis 1. April n. J. 48 Δ und von da bis 1. Mai 1908 50 Δ .

Aus Kellinghusen ist mitzuteilen: Nachdem alle nur denkt, daß die Kollegen gut sind, wenn der Lohn auf 40 Δ steige, da dann zu viel Zugang von den Landarbeitern kommt, wo durch doch bloß der Lohn wieder gedrückt und die Kaufkraft vermindert würde. Diese Forderung röhrt uns ja sehr, aber wir müssen, die Unternehmer doch bitten, ihr Deutvergnügen unterstellt wegen nicht allzu sehr zu strapazieren. Was den Maurern tut, wissen diese sehr wohl selber zu beurteilen. Im übrigen steht der Streit gut und das ist die Hauptfrage.

Gau Hannover. Die Lohnbewegung in Hameln ist beendet.

Die ersten Kollegen fanden am 20. April, 13 Männer sind, die ist wieder abgezogen. Dann fand am 2. Mai eine Kolonne von 33 Kroaten. Diese Leute können aber nur mit Haube und Schaufel fertig werden. Alle sitzen auf einem Bau und schaufen aus, stehen aber so dicht beieinander, daß sie sich selbst die Augen vollpflanzen. Wünschen wir, daß sie den Unternehmern möglichst lange erhalten bleiben. Als Wohnung haben sie einen frischen Werkstatt erhalten. Am 4. Mai fanden 23 Italiener. Diese hatten auf den Kaltenwerken des Dominiums "Frisch Glück" beim Unternehmer Biel aus Seelen gearbeitet, sind aber nach ihrer Angabe von unseren dort arbeitenden Kollegen vertrieben worden und kommen nun, um hierfür Rache zu nehmen, nach Hameln um Streitbrück zu vertragen. Unsere Kollegen haben sich dann verletzt lassen, die Gesellschaft ab 450 an den Hals zu werfen, um sie los zu werden. Dies ist um so mehr bedauerlich und zu verurteilen, da sich Leute unter dieser Gesellschaft befinden, die zehn und mehr Jahre als Maurer in Deutschland tätig sind. Ja, selbst in großen Kämpfen, unter anderem in Italien, haben sie mit uns Schüler an Schulter gekämpft, da dann ja sehr wohl selber zu beurteilen.

Auch unsere Kollegen auf dem genannten Werkplatz werden anfeindend faulig und unklug gehandelt, worüber auch noch gesprochen werden muss.

In Herford glaubten die Christlichen im vorigen Jahr genügend legitimiert zu sein, um auch über die Köpfe unserer Mitglieder hinweg und auf dem Wege der Hinterrinne mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Unsere Forderung lautete: Erhöhung des Gehaltes von 38 auf 43 Δ . Mit den Christlichen schlossen die Unternehmer dann einen Vertrag ab, wonach sich der Lohn vom 1. April 1906 an auf 40 Δ und vom 1. August 1906 an auf 42 Δ erhöhte. Dies Abkommen soll Gültigkeit haben, bis zum 31. März 1908. Da uns dies Abkommen zu nichts verhilft, haben wir neue Forderungen erhoben und verlangen einen Stundenlohn von 45 Δ . Die Unternehmerorganisation hat kein Einigegentunnen gezeigt, die Konjunktur ist äußerst günstig; der Verlust, mit den einzelnen Unternehmern irgend ein Abkommen zu treffen, ist ebenfalls gescheitert. Da Aussichten auf einen günstigen Vergleich nicht vorhanden sind, so ist am 8. Mai über die Gewaltübung Wrede, Richter, Scheidt und Behnforth die Sperrung beschlossen worden. Wir werden ja abwarten müssen, welche Rolle die Christlichen spielen werden, jedenfalls werden sie besser bremsen, als im vorigen Jahr.

Nachträglich ist noch zu berichten, daß von dem Arbeitgeberbund das Ultimatum gestellt worden ist, bis Montag Mittag die Arbeit in den vier geplanten Geschäften wieder aufzunehmen, währendfalls die gelannten unserer Organisation angehörenden Kollegen am Dienstag früh ausgeworfen werden sollen.

In Blotho haben unsere Kollegen einen Stundenlohn von 40 Δ von den Unternehmern beantragt, bisher war der Stundenlohn 35 Δ . Die Unternehmer haben sich in großzügiger Weise herbeigeflossen, ab 1. Juli 36 Δ zu zahlen. Unsere Kollegen sind aber unbedingt genug und verlangen mehr. Da in Stade nichts zu erreichen ist, soll es Montag der Unternehmer Tempeler geprakt werden, falls es nicht vorzieht, die Forderung zu bewilligen.

In Saalfeld, wo unsere Organisation noch nie fest

zu Fuß saßen konnte, haben die Kollegen eine Lohnbewegung durchgeführt. Im vorigen Jahre hat man die elfstündige Arbeitszeit abgeschafft. Der Lohn ist bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Stunde auf 34 Δ gestiegen, wie früher bei elfstündiger. Im Dezember vorigen Jahres ist dann eine Forderung auf 40 Δ den Unternehmern zugestellt worden. Mitte März haben dann die Unternehmer die Antwort gegeben, daß der Stundenlohn ab 1. April auf 38 Δ erhöht werden sollte. Aber der schlechte Wunsch der Unternehmer war und ist noch heute, die Kollegen möchten sich aber ja nicht dem Verlust anschließen, wohingegen sie es für richtig gehalten haben, sich dem Lippeischen Arbeitgeberbund anzuschließen. Unsere Kollegen gehörten zum Teil dem Zweigverein Herford an, haben aber jetzt wieder einen Zweigverein gegründet. Hoffentlich lassen sich unsere Kollegen in puncto Organisation die Unternehmer als leuchtendes Beispiel dienen. Am Orte sind sechs Unternehmer, die 65 Gesellen beschäftigen.

In Celle sind die Zimmerer ausgepferkt. Es ist nicht unbefriedigend, daß, falls der Kampf der Zimmerer noch von längerer Dauer ist, unsere Kollegen in Mitteinschaft gezogen werden. Wir bitten die Kollegen, dies nicht unbedacht zu lassen.

Auch unsere Kollegen, die im Zweigverband gebilden sind, in Arbeit sind, müssen ihren Streit haben. Ohne irgend

einen Streit in Saalfeld freilich Feierabend stattfindet, sollte wieder gefixt werden; doch bietet auch dieser Vorteil bescheiden.

In Flensburg tagt Sonntag, den 12. Mai, eine sehr stark besuchte Versammlung mit der Tagessordnung "Untere Lohnbewegung". Nachdem der Vorsitzende über den Stand der Lohnbewegung berichtet hatte und der Versammlung bekannt gegeben war, daß die Genehmigung zum Streit durch die Organisationsleitung erteilt werden sei, beschloß die Versammlung, am nächsten Tage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Die Maurer fordern in Flensburg 50 Δ statt des bisher gezahlten Gehaltes von 48 Δ pro Stunde. Wegen dieser minimalen Forderung ließen es die Unternehmer zum Streit kommen. Montag, den 13. Mai, wurde obiger Versammlungsbeschluß zur Ausführung gebracht. Am Samstagmorgen wurde die Arbeit eingestellt. Am Dienstag, den 14. Mai, wurde die Arbeit eingestellt, um anderweitig in Arbeit zu treten.

In Husum ist die Lohnbewegung beendet. Nach einem Tag dauernden Streits kommt die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Maurer und auch die Zimmerer haben eine Lohnerhöhung von 5 Δ pro Stunde erhalten. Sonntag, den 12. Mai, sollten die Gauvertreter den neuen Tarif mit unterzeichneten.

Im Zweigverein Oldisleben ist mit den Unternehmern ein neuer Lohntarif abgeschlossen worden. Der Stundenlohn ist um 5 Δ gestiegen, die Arbeitszeit um ein halbe Stunde verkürzt worden.

Nach Boizenburg a. d. Elbe ist der Zugang wegen Differenzen bei dem Neubau Hinselmann verhindert.

Hinzu ist nun ferner fernzuhalten und Aktionen zu unterlassen. Ein neuer Tarif besteht.

Gau Hannover. Unter Kollegen in Hameln haben

großen Zugang unwillkommen Gäste gebracht. Die erste Kolonne Italiener fand am 20. April, 13 Männer sind, die ist wieder abgezogen.

Dann fand am 2. Mai eine Kolonne von 33 Kroaten.

Diese Leute können aber nur mit Haube und Schaufel fertig werden. Alle sitzen auf einem Bau und schaufen aus, stehen aber so dicht beieinander, daß sie sich selbst die Augen vollpflanzen.

Wünschen wir, daß sie den Unternehmern möglichst lange erhalten bleiben. Als Wohnung haben sie einen frischen Werkstatt erhalten.

Die Maurer haben dann die Arbeit wieder aufgenommen, um so mehr bedauerlich und zu verurteilen, da sich Leute unter dieser Gesellschaft befinden, die zehn und mehr Jahre als Maurer in Deutschland tätig sind.

Ja, selbst in großen Kämpfen, unter anderem in Italien, haben sie mit uns Schüler an Schultern gekämpft, haben sich dem Lippeischen Arbeitgeberbund angeschlossen.

Unsere Kollegen gehörten zum Teil dem Zweigverein Herford an, haben aber jetzt wieder einen Zweigverein gegründet.

Hoffentlich lassen sich unsere Kollegen in puncto Organisation die Unternehmer als leuchtendes Beispiel dienen.

Am Orte sind sechs Unternehmer, die 65 Gesellen beschäftigen.

In Celle sind die Zimmerer ausgepferkt. Es ist nicht unbefriedigend, daß, falls der Kampf der Zimmerer noch von längerer Dauer ist, unsere Kollegen in Mitteinschaft gezogen werden.

Wir bitten die Kollegen, dies nicht unbedacht zu lassen.

Auch unsere Kollegen, die im Zweigverband gebildet sind, in Arbeit sind, müssen ihren Streit haben. Ohne irgend

welche Vorbereitungen getroffen zu haben, war man sich eins, daß der Stundenlohn von 35 & zu gering sei, mindestens 38 & müßten es sein. Da die Unternehmer nun glaubten, daß nicht 38 & sondern 37 & der richtige Lohn sei, so sah man also in Meiningen verschiedenheiten, und diese konnten nur durch Arbeitseinschaltung ausgestlichen werden. Also es wurde gestreikt. Aber auch möglichst bemerkte ein Teil unserer Kollegen, daß die Unternehmer das Maßlos getroffen hätten und boten ihnen ihre Frontenrieke wieder an, was bereitwillig akzeptiert wurde. Einige andere, die sich hier ohne weiteres aber nicht dazu berücken konnten, suchten eben aus der Not eine Tugend machen und abtreten.

Hoffentlich haben die Kollegen gelernt, wie Streiks und Lohnbewegungen nicht zu führen sind.

In Wehrle ist die Lohnbewegung beendet. Der Lohn von 45 & erhält sofort eine Steigerung auf 49 &, 1908 findet eine weitere Steigerung auf 52 & und 1909 auf 54 & statt. Die weiteren Verhüttungen werden noch tariflich festgelegt.

In Wolfenbüttel hat so ein „kleiner Gerngross“ gesagt, in den kleinen der Geschichte fügt einen Gedenkstein legen zu müssen. Unsere Kollegen haben seit langen Jahren schon den 1. Mai als Weltfeiertag dort gefeiert, die Unternehmer haben nichts verhindern darin gefunden. Nun hat der Weller Gagmeier in der hochdrückenden Name, in den Tagessitzungen gelobt, daß es eine ganze Reise, ja eine große Reise von herzlichsten Unternehmern gibt, die den Arbeitern den Weltfeiertagsgedanken entstehen möchtesten. In dieser Rolle hat sich auch der „liebe Gagmeier“ gefallen und einfach am 2. Mai seine „Maurer“ herausgeschmissen. Die Maurer drehten dann aber den Spieß um, und erklärten dem Unternehmer, mit G. nicht mehr zusammenarbeiten zu wollen. Am 7. Mai ist dann die Erledigung über G. gekommen; er hat eingeknickt, daß er die Welt nicht aus den Angeln heben kann, hat keine dünnen Streiche eingeschenkt und bereut. Die Maurer haben ebenfalls Eingeschoben und Willkür gehabt und ist dann die Arbeit wieder aufgenommen worden.

In Bünde i. W. und Bautenberg am Harz ist in der Freilage eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten.

Gau Leipzig. Seit dem 8. Mai befinden sich die Kollegen in Torgau im Streik. Gefordert werden 40 & Stundenlohn als Minimallohn, bisher wurden Klassentöpfe von 33 bis 39 & gezahlt.

Von den 322 Streitenden in Bitterfeld sind abgereist und anderweitig untergebracht 187. Zu neuen Bedingungen arbeiten bei 8 Unternehmern 68 Männer, Streitbrecher geworden sind 17, und zwar alle die Alten, die vor dem Streik dem Verband beigetreten sind. Diese arbeiten alle beim Unternehmer Kräger. Die anderen Unternehmer sind nun darüber wütend und drängen dahin, daß Kräger die Streitbrecher wieder entlassen soll. Auch haben die Unternehmer 60 Städter hinzugestellt. Die Kollegen ließen sich aber nicht lange machen und so hörte man jetzt schon in Unternehmertreinen feiern: „Wenn wir sie man wieder los waren.“ Die Unternehmer werden wohl eingeknickt, daß die Italiener bei zwölftägigem Arbeitszeit und 50 & Stundenlohn viel Geld fortstehlen, aber dafür nichts leisten. Also allzu lange wird diese Herrlichkeit nicht dauern. Deshalb mögen die in der Fremde weilenden Kollegen ausarbeiten bis sie gerufen werden.

Gau Löbau. Der Streik in Hettigenhausen dauert fort. Die von den Unternehmern schon lange angemeldeten Italiener sind noch immer nicht da. Sie haben jedenfalls schon erfahren, daß es der 37 & Lohn gibt; damit kann man leichtlich einen Streitbrecher reißen. Die Streitenden sind zum größten Teil italienisch. Ein pünktl Zimmermeister Reißhart aus Mittelhof ist fertig gerichtet, großer Kornschwipper ist am 4. Mai Morgens 8 Uhr vom Sturm zusammengeknobelt worden. Das ist eine Folge der Beleidigung dieses Herren, den geforderten Lohn zu zahlen. Beim Richten waren unter Führung des arbeitswilligen Zimmerers Müller nur ungelernte Leute beschäftigt. Die Verschwertung war sehr mangelhaft ausgefallen, so daß das hattlose Holzwerk dem Sturm nicht widerstehen konnte. Neidhart mag nur ausreden, was billiger gewesen wäre, die Zahlung der verlangten Löhne oder dieser Verlust, der durch den Einsturz des Schwipps verursacht worden ist. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden, dabei gefommen. An die auswärtigen Kollegen richten wir das Grüßen, noch fort zu bleiben, bis sie durch die Streitleitung Nachricht erhalten.

Gau Magdeburg. In Ahschleben ist nun nach längerer Dauer der Streik zu unseren Gunsten befehligt worden. Von den Abschluß eines Tarifes ist diesmal noch abgesehen worden. Es werden nun doch endlich die Maurer von Ahschleben und Umgegend zu der Erfahrung kommen, daß nur durch Einigkeit etwas zu erzielen ist, und daß sie deshalb festhalten müssen am Verband, der doch nur zu ihrem eigenen Nutzen wirkt. Die Ahschlebener Maurer haben nun zu zeigen, ob sie auch wirklich anderen Sinnen geworden sind. Lange genug hat es gedauert. Dieser Streik hat jedenfalls bewiesen, daß der Beitrag beim Verband besser wirkt als in den unterschiedlichen Klubvereinen, von denen viele noch nicht lassen können. Zwischen den Parteien wurde nachstehender Vergleich geschlossen: Bis Ende März 1908 wird auf den bisher gezahlten Löhnen ein Aufschlag von 3 & pro Stunde gezahlt. Wegen der bis zum Jahre 1909 im Maurergewerbe zu zahlenden Löhne soll zwischen beiden Parteien im November 1907 weiter verhandelt werden. Diese Vereinbarung hat Gültigkeit für alle Unternehmer des Maurergewerbes im Stadtteil Ahschleben und die bei ihnen im Stadtteil beschäftigten Maurer. Abregelungen dürfen nicht stattfinden. Die von den Maurern gefallene Forderung, in dem Vertrage, den Bohn für 1908 um weitere 2 & pro Stunde zu erhöhen, wurde abgelehnt. An den Maurern dürfte es nun liegen, ihre Organisation zu festigen, was im Herbst d. J. das Nachvollziehen nachzuholen.

Nach dreitägigem Streik erzielten die Kollegen in Eiselen einen hübschen Erfolg. Erreicht wurde eine sofortige Lohnsteigerung von 5 & und ab 1. August nochmals 2 & pro Stunde, so daß also dann der Lohn auf 50 & steht. Der Unternehmer Böllin, der bei den Verhandlungen schon immer den Scharfmachen spielt, hat den abgeschlossenen Vertrag noch nicht unterschrieben. Die Bauten desselben sind denn auch noch gesperrt.

In Egeln sind von 100 Gefellen und sieben Polieren 94 Gefelle in den Streik getreten. Weit werden aber die Unternehmer mit den ihnen verbliebenen Maurern ja nicht kommen, da ja nunmehr auch der Unternehmer Steinwitzer die Forderung bewilligt hat.

In Olschersleben-Hornhausen ist die Bewegung so plötzlich auf dem toten Punkt angelangt; sind doch die Hornbauer, die zu Anfang der Bewegung alle abgetreten waren, nur wieder nach Hause gekommen und waren dort gesetzlich der Dringe, die da kommen sollen. Über solche „Kämpfer“ können sich die Unternehmer wahnsinnig freuen.

In Schwanebeck ist der Streik durch Vergleich beendet worden. Die Kollegen sind plötzlich sehr zufrieden geworden und haben sich dieverbal auch mit 3 & Lohnsteigerung abspeisen lassen.

In Zweigvereinsgebiet Magdeburg wurde im Bezirk Osterleben eine Erhöhung des Lohnniveaus um 3 & gültig eingehalten.

In Wanzeben, wo die Kollegen 40 & fordern, wollen die Unternehmer nur 37 & zahlen; damit wollen sich die Kollegen nicht abweisen lassen, sondern werden bei der Erledigung dieser Sache jedenfalls schon im Streik stehen.

Gau Mannheim. In Offenburg lehnen die Unternehmer die Forderungen unserer Kollegen ab. Aufzogesessen schreibt diese die Kündigung ein.

Gau Nürnberg. In Bamberg ist eingetroffen, was wir in der letzten Nummer des „Grundstein“ vorausgesagt haben, die Unternehmer haben das Anerkennen des Gewerbevertrags, als Einigungskant zu fungieren, schiede zurückgewiesen. Die Herren erklärten: daß sie keine Verantwortung hätten, mit dem Maurerverband zu unterhandeln; doch seien sie bereit, die ausgeschlossenen sowie die freistehenden Maurer zu den alten Verbindungen wieder in Arbeit zu nehmen. Also der richtige Progenstaudpunkt: die Maurer sollen sich auf Masse und Unmase den Unternehmern ausspielen, damit dann die Herren neue Bedingungen festsetzen können. Sie werden sich aber verrechnet haben. Die Ausländer sind geschlossen demie dem. Ihre Haltung ist unfehlbar, und sie lassen sich durch das heranzuhorende Benehmen der Streitbrecher nicht provozieren. Es scheint, daß auf diesem Gebiet nach berühmtem Altenberger Müller gearbeitet wird; denn es wurde schon einem solden Helden ein Revolver abgenommen, mit dem er dem Streitpfeifer gedroht hatte. Andere wieder haben auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle den Hammer zur Hand, wahrscheinlich, um den Streitenden gegenüber ihre Kampfeslust anzudeuten. Es liegt in dem Verhalten der Streitbrecher ein gewisses System, das die Verunsicherung nahe legt, daß sie von einer Stelle angeleitet werden. Von den Ausländern selbst sind jedoch über 100 Mann abgetreten und auswärts untergebracht, trotz der schwarzen Ueffen, die vom hiesigen Arbeitgeberverband verabschiedet wurden. Wir haben eben auch unsere Verbindungen und mancher Unternehmer wird nach Verbindung der Auspierung gerade seine besten Arbeiter nicht mehr vorfinden. Es wird dann mancher zur Verbindung kommen, daß durch die Auspierung die fleischer Baugeschäfte den Kapitalgeführten die Kosten an aus dem Feuer holten. Mit dem eigentümlichen Verhalten der christlichen Bauarbeiter werden wir uns ein andernart beschäftigen. Für heut nur soviel, daß sie bei den Unternehmern, die ausgespiert haben, als Streitbrecher einzutragen, also die Rolle spielen, die von unserer Seite dem Gauleiter Sommer gegenüber bereits angekündigt wurde.

In Helmstedt haben sich unsere Kollegen mit den Unternehmern für dieses Jahr dahin geeinigt, daß an Stelle der bisherigen Arbeitszeit von 11 Stunden pro Tag eine Stunde von 10½ Stunden eingefügt wird. Der Stundenlohn wurde auf 38 & festgesetzt. Vor der Bewegung betrug er 32 &. Nun kommt noch hinzu, daß für Überlandarbeit 45 & für Wasser, Feuerungs-, u. dergl. Arbeiten 50 & und bei Kinderalterarbeit 40 & pro Stunde gezahlt werden. Es ist dies ein Erfolg, mit dem sich die Kollegen mit ihrer jungen Organisation wohl sehen lassen können.

In Schwabach wurden neuerdings Unterhandlungen angehängt, die aber wohl den gewünschten Erfolg nicht bringen dürften. Es wird deshalb ein Kampf nicht zu umgehen sein. Die Arbeitsgelegenheit an Orte ist sehr gut, und da dürfte es nicht schwer fallen, einen guten Sieg zu erringen, wenn die Kollegen einzutreten.

In Schwandorf sind unsere Kollegen am 8. M. in den Streik eingetreten, da die Unternehmer jede Lohnsteigerung ablehnen und sogar eine Unterhandlung davon abhängig machen, daß auf eine Lohnsteigerung verzichtet würde, ein Verlangen, dem wir nicht statten könnten; da am gleichen Tage die vierzehntägige Kündigung abließ, so blieb weiter kein Ausweg, als die Arbeit einzufrieren. Nach wenigen Tagen haben dann die Unternehmer um Unterhandlung unter dem Vorst. des Bürgermeisters nachgefragt, den auch wir unserer Zustimmung folgten. Diese Unterhandlungen werden in den nächsten Tagen stattfinden, möbel allerdings abwartend bleibt, ob diese ein zufriedenstellendes Resultat zeitigen werden. Streitbrecher sind keiner zu verzeichnen, nur vier Maurer aus Bruck i. d. Oberpfalz konnten es sich nicht versagen, gleich am nächsten Tage den Berater an ihren Kollegen zu spielen, wofür ihnen wohl später der verdiente Lohn zu zahlen werden wird.

Gau Stettin. In Cammin ist reichlich unser Zweigverein am 30. April eine Forderung auf zehnständige Arbeitszeit und 40 & Stundenlohn ein. Bis zum 1. Mai wollte man Antwort haben; eine solche kam nun nicht schriftlich oder mundlich, sondern durch die Erklärung von fünf Kollegen. Der Streitpfeifer jedoch, das Gegenteil von dem herbei, was er befürchtete. Am 6. Mai traten 32 Kollegen in den Streik ein. Unternehmer wie Bürger sind aus dem Hause. Bei eingeschlossenen Zusammenhängen ist ein gutes Ende sicher.

Neustadt i. H. macht sich der Lofsmangel unangenehm. So entstanden Differenzen über Gehaltserhöhung der Kaufleute. Unsere Kollegen hatten im Landbeamten elf Stunden gearbeitet und sind nun der Ansicht, daß am Sonnabend nicht gearbeitet, sondern elf Stunden voll gerechtfertigt werden müssen. Die zehnständige Arbeitszeit besteht allerdings laut Tarif.

Die Sperrte über Geb. Wendt in Barth konnte aufgehoben werden, nachdem die Firma annehmbare Zugeständnisse gemacht hatte. Alle Kollegen werden wieder eingestellt und erhalten, solange die Italiener noch da sind, 45 & Lohn pro Stunde, nachher tritt der Tarif wieder in sein Recht. Die Italiener bleiben bis zum 1. Juli noch hier, da ihr Kontakt dorthin läuft. Dieselben Zugeständnisse find auch den Zimmereien gemacht worden. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Geheimnissmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandsvorstand darf laut Statut nur auf Anwendung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

- a) das Mitgliedsbeitrag des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterburlinde.

Klärerend sind anzugeben die Zweigvereinsfamilie, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzaubern ist.

Unterstützungsumflüsse wurden in der Zeit vom 6. bis 11. Mai für folgende Mitglieder erteilt:

- Karl Hein-Wolfsberg (Frau), Verh.-Nr. 116 294; Max Endler (Frau), 189 418; Rudi. Schinner-Altenburg, 50 139; Bernd. Fischer-Altenburg, 50 029; Aug. Heinrich-Norwames (Frau), 91 718; Leo. Schneid-Nürnberg (Frau), 23 205; Lutz. Becker-Meidenhöf, 178 718; Aug. Fischer-Hannover, 32 240; Gust. Fischer-Kahl, 289 295; Karl Schöppenhardt-Brunn (Frau), 124 822; Ernst G. Graf-Dresden, 232 802; Wil. Glaser-Weidenberg (Frau), 124 456; Traugott Bär-Halle (Frau), 25 855; Ferdinand Gaffrey-Hannover, 76 806; Arthur Schulze-Lippstadt (Frau), 37 444; Karl Barth-Greis (Frau), 96 610; Rud. Lamprecht-Berlin, 279 358; Aug. Lindenberger-Berlin, 10 245; Otto Abele-Brunnthal, 91 769; R. Schulze-Helzen (Frau), 125 166; Leo. Wirth-Nürnberg (Frau), 25 1984; Karl Seedorf II-Gießen, 65 899; Franz Mayer-Langenbielau (Frau), 145 614; Ernst Schüller-Spanien (Frau), 101 458; Gustav Fechner-Sorau (Frau), 131 515; R. Zembretz-Gommern (Frau), 72 619; Franz Leuber-Baldenburg, 182 010; Heinrich Ulrich-Bielefeld, 64 226; Chr. Schulmann-Kissenbrück (Frau), 228 816; Rich. Müller-Dresden (Frau), 254 884.

Geldsendungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Befenningerhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 7. bis 18. Mai 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

Bermelskirchen M. 189,80, Klosterlausitz 111,05, Teplice 32,04, Fidderholz 5,72, Mittels (Münster) 5, Hardenberg 4,22, Gelingenswalde 3,53, Granzow 3, Dresden 5, Neuhaus (Elbe) 31,36, Rothenberg 78,67, Mühlendorf 49,30, Neuendorf 8,64, Rothensee (Ora) 2,16, Seesen 160,26, Müllau 93,17, Coblenz 72,76, Ahrem 71,50, Neuburg 28,92, Langenstein 10, Coblenz 2,76, Zwickau 1,60, Breitungen 76,77, Sonnenhäusern 48,10, Niedergebra 20,16, Pollnitz 11,32, Mainzheim 2400, Barrien 800, Matzen 400, Bergel 300, Guben 300, Treuen 100, Wittenberge 100, Biala 100, Süderbrarup 65, Danzig 1200, Bromberg 599, Alsfeld 278,87, Bielefeld 200, Icheln 200, Hohenstein-Ernstthal 200, Eisterwerda 100, Brandis 100, Altenberge (O.-Schl.) 65, Unterweißbach 50, Gengenbach 30, Chemnitz 900, Mühlau 1, B. 380, Granitz 301,40, Stendal 190, Neidenhöfen 150, Waldheim 100, Bergedorf 100, Cosulin 100, Königsberg 150, Waldheim 500, Mündsburg 65, Marburg 34,97, Heidelberg 800, Kaiserslauter 800, Kallowis 500, Reimlinger 450, Rathenow 400, Sonderburg 400, Göttingen 400, Wittenberg (Gießen) 250, Grünberg (Schl.) 200, Berlin (Alter) 112,50, Sangerhausen 1,72, Herbolzheim 39,70, Hagenow 36,10, Ohlendorf 58,96, Berlin 17 526,47, Greene 184,88, Waltershausen 115,76, Barel 64,65, Kallowitz 33,40, Heilsbronn 30,44, Oberwitz 28,05, Lissa 23,86, Oberndorf 3,82, Wittenberge 130, Dortmund 1300, Essen (Ruhr) 1000, Mannheim 800, Hof (Saale) 400, Weissenfels 400, Bitter 245, Döbeln 200, Bahn 200, Schwarzenbel 144,44, Herzberg a. Harz 133,98, Frankenhausen a. Kyff. 100, Gotha 80.

für Kalender.

Bermelskirchen M. 20, Gießen —, Schwerte 10, Karlsruhe 152,50, Hameln 6, Siebach 7,50.

für Futterale.

Allstedt M. 2,50, Seesen 1, Stendal 5, Schwerte 3, Mönchengladbach 3, Heilbronn 1, Esslingen 20, Hameln —, Böhrn 50, Th. 5.

für Tarifverträge- und Statistik.

Moskau 1, Dresden, Gießen, Frankfurt a. M., Koblenz 1, M. 5.

o) „Grundstein“-Gioband und -Decken.

Frankfurt a. M. 1,50, Bromberg 1.

H Bericht der Bauarbeiterkenschutzkommission.

Neulengen, Gießen, Bielefeld 10 & 12, Essen, Düsseldorf 10, Berlin 10, Ohlau je 75 &.

g) „Englische Geschichte der Arbeiterbewegung.“

Gießen, Preß je M. 10.

h) „Wahrwort“.

Bermelskirchen M. 2,50, Mieschau 2,50, Hameln —, 60.

i) Protokoll vom achten Verbandsitag.

Öhlan M. 1.

Marken-Versand. Vom 29. April bis 11. Mai sind Marken versandt worden. (A = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, C = Arbeitslosemarken, K = Volportagemarken, L = Falzmarken)

Augsburg 200 B à 40 &, 800 B à 45. Flügeln 20 E à 50. Angermünde 400 B à 40. Aue 1200 B à 40, 10 E à 150, 400 A à 25. Nachen 1600 B à 50, 400 B à 65, 1000 L à 10. Alsfeld 400 L à 10. Augsburg 5000 B à 45. Altenberge 400 B à 40, 200 B à 55. Annaberg 1200 B à 30, 20 E à 50. Annaberg 20 E à 50. Aken 50 B à 30. Ahrensburg 1200 B à 45.

Bornstedt 200 L à 10 &. Bern 200 B à 45. Bernau 800 B à 55. Bornhöved 200 B à 45, 10 E à 50. Breitungen 400 B à 30. Bernburg 2000 B à 45. Böckum 6000 B à 65, 1000 E à 50. Borna 1200 B à 40, 10 E à 50. Bamberg 100 B à 40, 1000 L à 5, 1000 L à 10. Bonn 600 B à 45, 50 B à 30, 100 E à 50, 100 A à 25. Borsig 200 B à 45, 250 B à 30. Bürgen 600 B à 45, 200 A à 25. Bayreuth 100 B à 45, 50 B à 35. Bautzen 500 B à 35, 200 A à 25. Bremerhaven 4000 L à 20. Berlin 100 B à 50. Briesen (Briesel.) 60 A à 25, 100-L à 10. Brüdermühle 10 E à 50. Bremen-

Gingefandt.

Neue Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Mächtiger.

Um einen Streit der Baubehörde mit Erfolg vorzubereiten, sind die jugendlichen Männer ihm, in Groß-Götterfels gebrochen worden, den Ort zu verlassen, und wurden 20 Mann angewiesen, nach Frankfurt a. d. O. zu reisen, um dort zu arbeiten.

Als sie das ihnen hierzu versprochene Mettsegl verlangten, wurde ihnen erwidert, man würde es ihnen in Frankfurt a. d. O. auszahlen!

Die beteiligten Leute fuhren daher auf ihre Kosten dahin und forderten Erlass des Fahrtgebots; dieses wurde ihnen mit dem Bemerkung abgelehnt, "die Partei sei erlaubt". Als sie Arbeit verlangten, erwiderte man ihnen, "da Ihr kommt zwei Tage arbeiten, dann wird auch hier getreut".

Die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Diese Verhandlung ist noch schlimmer wie die russische Knecht. Und wie groß muss die Dummheit und Verkränktheit der Arbeiter sein, die sich von so ehrlosen Führern schikanieren lassen, ohne dagegen auch nur zu mucken!

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Diese Verhandlung ist noch schlimmer wie die russische Knecht. Und wie groß muss die Dummheit und Verkränktheit der Arbeiter sein, die sich von so ehrlosen Führern schikanieren lassen, ohne dagegen auch nur zu mucken!

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Diese Verhandlung ist noch schlimmer wie die russische Knecht. Und wie groß muss die Dummheit und Verkränktheit der Arbeiter sein, die sich von so ehrlosen Führern schikanieren lassen, ohne dagegen auch nur zu mucken!

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Ob die 20 Mann entzesslich sich nur zu Fuß nach Götterfels zurückzuführen, da sie sich aber bald mund gelauft hatten, legten sie ihre Ersparnisse zusammen und fuhren mit der Bahn nach Hause.

Cöln. Am 5. Mai hielt der hiesige Zweigverein seine Quartalsversammlung ab. Den Geschäftsbereich gab der Kollege Krebsheim. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Arbeiten in dem noch halb winterlichen Quartal recht vielfältig waren. Besonders der Agitation sei nur erwähnt, daß bereits im Monat Februar sich der erweiterte Vorstand mit der Frage der Hauptagitation beschäftigte, die denn auch überall betrieben wurde. Der Geschäftsbereich vom vergangenen Jahre, der im Druck erschienen ist, wurde sämtlichen Mitgliedern und auch den unorganisierten Brüderkollegen, sowohl diese durch die Haushaltung ermittelt wurden, zugestellt. Außerdem ist noch das Flugblatt vom Hauptvorstand in 3000 Exemplaren verbreitet worden.

Ferner hat eine kombinierte Sitzung mit den Baubehörden, deren Befreiung der einzelnen Gebiete besprochen. Es wurde ferner der Wunsch geäußert, ob der Beratungszeitraum innerhalb des Quartals 16 500 Stück verteilt, wodurch rund 14 000 auf den Zweigverbandsbüro angefertigt würden. Lohnbewegungen haben drei Stotzfunden, davon zwei in Hörlitz, wo der Lohn von 50 auf 55 & erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden reduziert wurde, und eine in Menden für den Unternehmer. Hier handelt es sich um die Einführung des Cölnischen Arbeitsvertrages. Bisher bezahlte Löher 54—55 & bei zehnstündiger Arbeitszeit.

Die Untersuchung endete damit, daß der Cölnische Tarif, d. h. 50 & und neunstündige Arbeitszeit, vom 27. April an in diesem Geschäft eingeführt wurde. Weitere Bewegungen stehen im Landkreis Köln und darüber hinaus bevor. Streitigkeiten durch das Vertragserhalt sind in mehreren Fällen zu verzeichnen, die aber bis auf eine Sache, die sich auf das Projekt Kortland in Witten a. Rh., und die Kollegen der Bürgerleitung bezieht, alle durch die Vertretung der Organisation in friedlicher Weise erledigt wurden. Maßregelungen fanden dreimal vor, die die Wiedereinführung der Betriebsfeier erledigt wurden. Deutliche General- und Mitgliederberatungen haben im ganzen 90 stattgefunden; Sitzungen und Begegnungen mussten 78 abgehalten werden. Den Kostenbericht gab der Kollege Böhme. Diesem ist zu entnehmen, daß die Gehaltsentwicklung im Quartal M. 11 890,47 betrug, wovon die Hauptlöhne M. 4019,18 in Abrechnung standen. Die Einschätzung der Lohnlöhne betrug demnach M. 7871,29, die Ausgabe M. 4531,79, was einen Kostenbetrag von M. 3839,95 vorbanden ist. Nach einer kurzen Diskussion wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Gleichfalls wurde die Abrechnung des Tarifkommissars zu Ehren der Delegierten des neuen Verbandsstages gegeben. Es war hier eine Einschätzung von M. 688,30 und eine Ausgabe von M. 688,20 zu verzählen. Das Defizit beträgt also 42 &, das aber durch einige kleine Auslässe gedeckt wird. Auch hier wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisorin Entlastung erteilt. Ferner wurde gegen neue Stimmen beschlossen, vom 14. Mai an eine 70 &-Belegschaftsmarke zu leben. Eine weitere Versammlung, die sich u. a. auch mit dem Beitrag für das Volksschiff beschäftigen soll, soll am Donnerstag, den 9. Mai (Gimmechtal) stattfinden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

— Die Versammlung am 9. Mai, befehlt sich, wie beschlossen worden war, mit dem Beitrag für das Volksschiff, der pro Woche und Mitglied 5 & beträgt. Es wurde nämlich festgestellt, daß seit längerer Zeit der Wunsch geäußert, die 5 & der Volksschiff zu zahlen.

Die Sitzung hat eine kombinierte Sitzung des Vorstandes gehabt, die sich bereits damit beschäftigt und empfahl der Versammlung, unter den gegebenen Umständen für dieses Jahr die 5 & nochmals zu zahlen. Nach einer längeren Diskussion, wo das Für und Wider in ausgiebiger Weise erworben wurde, wurde dann fast einstimmig beschlossen, für das kommende Jahr die 5 & zu zahlen. Dieser Beschluß ist maßgebend für alle Bahnhöfe und Stationen, soweit sie den Cölnischen Gewerkschaftsrat angeschlossen sind. Es wurde ferner der Verwaltung des Volksstifts empfohlen, den Wünschen der Gewerkschafter in Zukunft mehr Rücksicht zu thun, damit man neben den Pflichten auch etwas mehr Recht hätte. Diesem soll, soweit wie es unter den gegebenen Umständen möglich ist, stattgegeben werden.

Brunnau. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit und ihrer Ausweitung. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Braunfels. Am 28. April tagte hier eine leidlich gut besuchte Mitgliederberatung. Kollege Holm erstattete Bericht vom Verbandsstag. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Besondere Bedeutung erregte die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 25 Wochen. Aber auch mit den anderen Beschlüssen des Verbandsstages war die Versammlung einverstanden, so insbesondere mit der Regelung der Gehaltsfrage für die Angestellten und mit der Stellungnahme zur Frage der Altersarbeit. Die Mehrzahl der anwesenden Kollegen erklärte sich sofort bereit, seine Altersarbeit nicht zu verrichten.

Die Kollegen dürften es wohl noch nicht ganz vergessen haben, daß es gerade das einzige Zusammenhalten war, das ihnen im vergangenen Jahre doch eine ganz erhebliche Lohnherhöhung und auch eine Verkürzung der Arbeitszeit einbrachte. Trotz dieser guten Errungenheiten, die unter Zweigverein zu verzeichnen sind, geben wir keine Lohnherhöhung mehr und mehr schwinden und es soll auch jedem Kollegen Gelegenheit gegeben werden, sich für sich und seine Familie eine ärgerlich günstige Lebenshaltung zu schaffen.

In der Diskussion sprach Kollege Möhr ebenfalls im Sinne des Referenten und betonte hierbei, daß es gerade die hiesigen Kollegen seien, die vielfach von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen wollen, sondern nur darauf bedacht, rechtzeitig eine Zeit zu finden, um die Lohnlöhne zu erhöhen.

Es müsse mehr Gewicht auf Lohn gelegt werden, dann würde auch die Organisation ihren Zweck erfüllen können. Alsdann erfolgte die Berichterstattung vom neuen Verbandsstagsbericht, der die eingeschlagene Ausweitung der Betriebsausübung bestätigte.

Der Redner legte den Auflösung der Arbeitszeit nach, welche die Organisation vorgenommen habe. Außerdem wurde die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben. Der Redner legte die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben. Der Redner legte die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben, bestätigen die Ausweitung der Betriebsausübung bestätigt, die die Kollegen, die keinen Betrieb mehr haben, für die hierfür erforderliche Arbeitszeit zu verantworten haben.

Görlitz. Eine fast besuchte öffentliche Maurerversammlung beschäftigte sich Dienstag, den 7. Mai, mit der neu herausgegebenen Arbeitsordnung des Arbeitgeberbundes. Dieselbe lautet:

Lohn- und Arbeitsbedingungen für die im Mauers- und Zimmergewerbe tätigen Arbeiter.

1. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, von 8 bis 6 Uhr.

2. Der Lohn für Maurer und Zimmerer wird gleichmäßig festgesetzt und beträgt für dieselben vom 1. Mai 1907 bis 31. März 1908 42 bis 44 Δ pro Stunde, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909: 44 bis 46 Δ pro Stunde.

3. Für Sonntags-, Nachts-, Feuerungs- und Wasserarbeiten, ebenso für Überstunden erhalten Gesellen 10 Δ und Arbeiter 6 Δ Zuschlag.

4. Die Lohnzählgung erfolgt Sonnabends unmittelbar nach Feierabend.

5. Für Überlandarbeit, welche mehr als eine Stunde von Görlitz entfernt ist, ist der Lohn gegenständig zu verhängen.

6. Auf gelegentliche Kündigung wird verzichtet. Wird das Arbeitsverhältnis vor Abschlusszeit seiten des Arbeitnehmers gelöst, so erfolgt Lohnzahlung erst am Sonnabend.

7. Das Rauchen auf der Arbeitsstätte ist verboten, ebenso das Mitnehmen von Holz und Material. Zwiderhandlungen werden mit sofortiger Entlassung resp. mit Geldstrafe bestraft. (sic!)

8. Jegliche Agitation auf der Baustelle ist verboten, ebenso ist allen unbefreiten Personen der Zutritt zu den Arbeitsstätten strengstens unterstellt. Zwiderhandlungen werden wegen Haussiedensbruchs bestraft. (sic!)

9. Die Paupolizeivorschriften sind innew zu halten. Wenn zehn und mehr Personen auf einem Bau beschäftigt sind, ist ein Verbandskasten anzubringen.

10. Die Invaliden- und Krankenkasse bleibt während der Dauer des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitgeber.

11. Diese Arbeitsbedingungen gelten als Vertrag und werden durch Arbeitsantritt anerkannt; dieselben treten am 1. Mai 1907 in Kraft.

Die Polizeiverwaltung für das Mauers- und Zimmergewerbe gesetz. Wallis zu Görlitz.

Kollege Laubadel unterzog diesen einstigen vom Arbeitgeberbund und der Polizeiverwaltung abgeschlossenen Vertrag (die Arbeiter hat man nicht gefragt) einer kritischen Kritik. Es zeigt zunächst auf die gegenwärtigen Kämpfe zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden hin, die an Schäfe immer mehr zunehmen. Solit die herrschende Autokratie der Unternehmer bestehen bleiben, oder hat der Arbeiter einzutreden über die Bewertung seiner Arbeitskraft? Der Standpunkt des Herrn im Hause lädt sich jetzt nicht mehr aufrecht erhalten. Der Arbeiter von heute will freier Arbeiter, nicht Heiligtum sein. In Görlitz ist an der Autokratie der Unternehmer noch nichts geändert; sie weigern sich hartnäckig, mit den Arbeiterorganisationen zu unterhandeln. Was sie gnädigst den Arbeitern hinwerfen, sollen diese gebürdig annehmen. Diesen Standpunkt des Arbeitgeberverbandes müssen wir drohen. Seit Jahren schon streben die Görlitzer Maurer nach Abschließung eines Tarifvertrages. Die Unternehmer wollen den Frieden im Baugewerbe nützen; sie glauben sich noch stark genug gegenüber der Organisation und stützen sich auf die leider im letzten Streit noch zahlreichen Arbeitswilligen, welche legieren es noch nicht eingesiehten, daß sie nicht nur ihre eigene Familie schädigen, sondern auch die Gesamtheit der Kollegen, die sich zu jeder Zeit aufopfern für die Verschönerung der Görlitzer Mauer. Freilich erwartet jeder dieser das Schäfchen, und er muß dann immer und immer wieder mit den organisierten Kollegen zusammenarbeiten, deren Organisation sich immer mehr ausbreitet. Am vorigen Streit blieben auch einige „Arbeitswillige“ dem Maurermeister Rothenburger, der, nebst dem Betriebsrat, einer der Hauptcharaktere im Baugewerbe war, in Arbeit. Sie glaubten, nicht mehr leben zu können, wenn sie von ihrem Meister weggeschickt würden, und fingen an, die Arbeit zu verhindern. Daß der Meister von ihnen gegangen, das heißt der Bezieher hat ihn geholt. Pächter brach die Konfus bei diesem argen als wohlhabend angesehenen Baumeister aus (vielleicht hat ihm doch der vorjährige Streit einen argen Riss verlegt), und nun wurde alle seine Getreuen entlassen. Ja, Kollegen, an diesem Beispiel sieht Ihr, daß Ihr nicht darauf rednen könnet, bis an Euer seliges Ende der Ehemalige Meister zu dienen, sondern daß Ihr immer wieder in die Reihen Eurer Arbeitsbrüder zurückgekehret werdet. Darum kann es für jeden christlichen Arbeitnehmer nur eins geben: hinein in die Organisation! und bei einem notwendig gewordenen Kampf Schulter an Schulter mit geschäftigen Euren Brüdern; dann wird es ein leichtes sein, den Herrenstandpunkt der Unternehmer zu brechen und mitzubringen über unter eigenem Gut: unser Arbeitsmarkt. Die Görlitzer Unternehmer werden bald ihren Herrenstandpunkt verlassen, wenn die Maurer geschlossen döringen und nicht einzelne sich als Werkzeug der Unternehmer gebrauchen ließen. Also nach dieser Arbeitsordnung sollen die Görlitzer Maurer im Jahre 1909 44 bis 46 Δ Stundenlohn erhalten, soweit wie ein großer Teil schon 1908 erhalten hat; das dürfen sich die Görlitzer Maurer nicht bauen lassen! Bei den fortwährend steigenden Lebensmittelpreisen muß eine bessere Vergütung auch im Baugewerbe erreignet werden. Beaute et valen ohne weiteres Leutingszulagen, Kaufleute, Bäcker, Fleischer, erlassen ohne weiters Belanntschriften, daß die und die Ware „jetzt“ so viel wert kostet. Die Hausbesitzer kegeln die Preiswerte ihres ungeheuerlichen, alles vereinten sich, um die Lebensmittel und Verbrauchsartikel zu verteuern, nur die Arbeiter soll nichts haben; sobald der ein paar Pfennige verlangt, ist dies unverträglich. Da gilt es, sich selbst zu belten. Die Konjunktur ist günstig; nutzen wir sie aus. Die Versammlung stellte einstimmig die Forderung von 48 Δ für dieses Jahr und 50 Δ für nächstes Jahr auf mit den üblichen Nebenforderungen und erwartet Antwort bis 18. Mai. Voraussichtlich dürfte es gleich nach Fristablauf entschieden werden, ob die Unternehmer Frieden wollen oder Kampf. Bis dahin habe jeder seine ganze Kraft ein und lache den leichten Maurer zu überzeugen, daß nur durch Einigkeit aller Kollegen bessere Verhältnisse erreicht werden können. Auch die Vertreter des christlichen Maurerverbandes traten lebhaft für die aufgestellte Forderung ein und bewiesen durch längere sachliche Ausführungen, daß wir und nur siebzig bessere Verhältnisse“ erlaufen können. Die Verhältnisse seien jetzt ganz anders; da ist uns die gedrohte so geringe Lohnzählgung nicht genügend. Die aufgestellte Forderung wurde einstimmig, auch von den christlichen Organisierten, angenommen. Alle Diskussionsredner erkannten die Forderung als bedeutsam für die Görlitzer Verhältnisse an. Nach einer aufgenommenen Statistik arbeiten

gegenwärtig 426 Gesellen, einschließlich der Poltere, und 60 Lehrbüchsen in Görlitz. An einigen Stellen wird die zehnständige Arbeitszeit überschritten; dies wurde von der Versammlung sofort verurteilt. Zugang ist von Görlitz streng fernzuhalten!

Heimbrechts. Der heilige Zweigverein stellte unter dem 18. April d. J. den hierigen Baumeisterschen Forderungen, da hier noch Stundenlohn von 30–33 Δ bezahlt wurden. Gerecht wurde unter anderem 40 Δ Stundenlohn und wurde seitens unserer Organisation Antwort bis zum 26. April d. J. erwartet. Da es zum obigen Datum eine Antwort nicht erfolgte, beschloß eine Mitgliederversammlung, nochmals bis zum 30. April zu warten. Unterdessen erklärten sich die Unternehmer zu Unterhandlungen bereit. Eine am 6. Mai abgehaltene Mitgliederversammlung, in der auch Maurermeister C. Süh anwesend war, beschloß sich nun mit den Forderungen. Es wurde auch mit diesen Unternehmern folgendes vereinbart: Der Stundenlohn, der inzwischen auf 25 Δ erhöht worden war, wird auf 38 Δ festgesetzt. Für Überstunden und Überlandarbeit 7 Δ Zuschlag; für Sonntags-, Nachts- und Feuerungs- u. c. Arbeit werden 17 Δ pro Stunde Zuschlag gewährt, für Landerarbeit 7 Δ pro Stunde. Die Arbeitszeit wird von 11 auf 10½ Stunden verkürzt. Vorliegende Vereinbarungen gelten für das Jahr 1907.

6. Für Sonntags-, Nachts-, Feuerungs- und Wasserarbeiten, ebenso für Überstunden erhalten Gesellen 10 Δ und Arbeiter 6 Δ Zuschlag.

7. Die Lohnzählgung erfolgt Sonnabends unmittelbar nach Feierabend.

8. Für Überlandarbeit, welche mehr als eine Stunde von Görlitz entfernt ist, ist der Lohn gegenständig zu verhängen.

9. Auf gelegentliche Kündigung wird verzichtet. Wird das Arbeitsverhältnis vor Abschlusszeit seitens des Arbeitnehmers gelöst, so erfolgt Lohnzahlung erst am Sonnabend.

10. Das Rauchen auf der Arbeitsstätte ist verboten, ebenso das Mitnehmen von Holz und Material. Zwiderhandlungen werden mit sofortiger Entlassung resp. mit Geldstrafe bestraft. (sic!)

11. Diese Arbeitsbedingungen gelten als Vertrag und werden durch Arbeitsantritt anerkannt; dieselben treten am 1. Mai 1907 in Kraft.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Mauers- und Zimmergewerbe gesetz. Wallis zu Görlitz.

Kollege Laubadel unterzog diesen einstigen vom Arbeitgeberbund und der Polizeiverwaltung abgeschlossenen Vertrag (die Arbeiter hat man nicht gefragt) einer kritischen Kritik. Es zeigt zunächst auf die gegenwärtigen Kämpfe zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden hin, die an Schäfe immer mehr zunehmen. Solit die herrschende Autokratie der Unternehmer bestehen bleiben, oder hat der Arbeiter einzutreden über die Bewertung seiner Arbeitskraft? Der Standpunkt des Herrn im Hause lädt sich jetzt nicht mehr aufrecht erhalten. Der Arbeiter von heute will freier Arbeiter, nicht Heiligtum sein. In Görlitz ist an der Autokratie der Unternehmer noch nichts geändert; sie weigern sich hartnäckig, mit den Arbeiterorganisationen zu unterhandeln. Was sie gnädigst den Arbeitern hinwerfen, sollen diese gebürdig annehmen. Diesen Standpunkt des Arbeitgeberverbandes müssen wir drohen. Seit Jahren schon streben die Görlitzer Maurer nach Abschließung eines Tarifvertrages. Die Unternehmer wollen den Frieden im Baugewerbe nützen; sie glauben sich noch stark genug gegenüber der Organisation und stützen sich auf die leider im letzten Streit noch zahlreichen Arbeitswilligen, welche legieren es noch nicht eingesiehten, daß sie nicht nur ihre eigene Familie schädigen, sondern auch die Gesamtheit der Kollegen, die sich zu jeder Zeit aufopfern für die Verschönerung der Görlitzer Mauer. Freilich erwartet jeder das Schäfchen, und er muß dann immer und immer wieder mit den organisierten Kollegen zusammenarbeiten, deren Organisation sich immer mehr ausbreitet. Am vorigen Streit blieben auch einige „Arbeitswillige“ dem Maurermeister Rothenburger, der, nebst dem Betriebsrat, einer der Hauptcharaktere im Baugewerbe war, in Arbeit. Sie glaubten, nicht mehr leben zu können, wenn sie von ihrem Meister weggeschickt würden, und fingen an, die Arbeit zu verhindern. Daß der Meister von ihnen gegangen, das heißt der Bezieher hat ihn geholt. Pächter brach die Konfus bei diesem argen als wohlhabend angesehenen Baumeister aus (vielleicht hat ihm doch der vorjährige Streit einen Riss verlegt), und nun wurde alle seine Getreuen entlassen. Ja, Kollegen, an diesem Beispiel sieht Ihr, daß Ihr nicht darauf rednen könnet, bis an Euer seliges Ende der Ehemalige Meister zu dienen, sondern daß Ihr immer wieder in die Reihen Eurer Arbeitsbrüder zurückgekehret werdet. Darum kann es für jeden christlichen Arbeitnehmer nur eins geben: hinein in die Organisation! und bei einem notwendig gewordenen Kampf Schulter an Schulter mit geschäftigen Euren Brüdern; dann wird es ein leichtes sein, den Herrenstandpunkt der Unternehmer zu brechen und mitzubringen über unter eigenem Gut: unser Arbeitsmarkt. Die Görlitzer Unternehmer werden bald ihren Herrenstandpunkt verlassen, wenn die Maurer geschlossen döringen und nicht einzelne sich als Werkzeug der Unternehmer gebrauchen ließen. Also nach dieser Arbeitsordnung sollen die Görlitzer Maurer im Jahre 1909 44 bis 46 Δ Stundenlohn erhalten, soweit wie ein großer Teil schon 1908 erhalten hat; das dürfen sich die Görlitzer Maurer nicht bauen lassen! Bei den fortwährend steigenden Lebensmittelpreisen muß eine bessere Vergütung auch im Baugewerbe erreignet werden. Beaute et valen ohne weiteres Leutingszulagen, Kaufleute, Bäcker, Fleischer, erlassen ohne weiters Belanntschriften, daß die und die Ware „jetzt“ so viel wert kostet. Die Hausbesitzer kegeln die Preiswerte ihres ungeheuerlichen, alles vereinten sich, um die Lebensmittel und Verbrauchsartikel zu verteuern, nur die Arbeiter soll nichts haben; sobald der ein paar Pfennige verlangt, ist dies unverträglich. Da gilt es, sich selbst zu belten. Die Konjunktur ist günstig; nutzen wir sie aus. Die Versammlung stellte einstimmig die Forderung von 48 Δ für dieses Jahr und 50 Δ für nächstes Jahr auf mit den üblichen Nebenforderungen und erwartet Antwort bis 18. Mai. Voraussichtlich dürfte es gleich nach Fristablauf entschieden werden, ob die Unternehmer Frieden wollen oder Kampf. Bis dahin habe jeder seine ganze Kraft ein und lache den leichten Maurer zu überzeugen, daß nur durch Einigkeit aller Kollegen bessere Verhältnisse erreicht werden können. Auch die Vertreter des christlichen Maurerverbandes traten lebhaft für die aufgestellte Forderung ein und bewiesen durch längere sachliche Ausführungen, daß wir und nur siebzig bessere Verhältnisse“ erlaufen können. Die Verhältnisse seien jetzt ganz anders; da ist uns die gedrohte so geringe Lohnzählgung nicht genügend. Die aufgestellte Forderung wurde einstimmig, auch von den christlichen Organisierten, angenommen. Alle Diskussionsredner erkannten die Forderung als bedeutsam für die Görlitzer Verhältnisse an. Nach einer aufgenommenen Statistik arbeiten

Norderney. Mit Ende des vorigen Jahres wurde hier die elfständige Arbeitszeit endgültig befeitigt und es begann laut Vertrag mit dem Arbeitgeberverband, in diesem Frühjahr die zehnständige Arbeitszeit, die auch von sämtlichen Gewerkschaften, streng eingehalten wird. Nur die Zimmerer können sich noch nicht recht daran gewöhnen, sondern haben schon vor drei Wochen wieder den Els-Sundentag eingeführt, was von sämtlichen anderen Gewerkschaften lebhaft befeiert wird; diese sind der Meinung, daß sämtliche Organisationen dahinstreben müssen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Aber bei den hierigen Zimmerern scheint das nicht der Fall zu sein. Hoffentlich genügen die Zellen, um die Zimmerer zur Änderung ihrer Verhältnisse zu veranlassen.

Oberleichtsle. Am 9. Mai (Sommertag) hat sich in Oberleichtsle ein elektorengerechter Vorfall abgespielt. In den Gewerkschaftssälen in Weitzen-Mörsberg, Gleiwitz, Katowitz und Zabrze lagten von uns einberufene Versammlungen, in denen die Genossen Anderich, Baude, Haase, Hörsing und Schwante referierten. Sämtliche Versammlungen waren, bis auf die in Gleiwitz, gut besucht. In Beuthen-Mörsberg, Gleiwitz und Zabrze stellten sich die Führer der Christen mit ihren Mitgliedern, 10 bis 20 Mann, ein und verfehlten die Versammlungen zu sprengen. Nur die in Gleiwitz hat ihr natürliches Ende erreicht; die in Beuthen-Mörsberg wurde aufgelöst und die in Zabrze wurde von Baude während des Referats, bevor sie die Auflösung verfehlte, abgewehrt. Das Verhalten der Christen ließ deutlich erkennen, daß die Sache vorher organisiert war und System darin lag, das dazu führen sollte, bei Aufführung der Versammlungen Dumme im Lokal oder auf der Straße entstehen und schließlich zum Landstreitbündnis ausarten zu lassen, damit dann Teile unserer Kollegen schwere Gefängnis- oder gar Zuchthausstrafen zu erwarten hätte. Nur dem energischen Eingreifen der Kollegen Baude, Bies, Kowarz und Grüner, die in der Versammlung das Bureau bildeten, ist es zu danken, daß solches Unheil verhindert wurde. Die Herren von den Gewerkschaften scheinen, da sie nicht recht vorwärts kommen, einen zweiten Zuschlagskampf herbeizuführen zu wollen, damit sie dann agitieren und die Arbeiter in Oberleichtsle vor den Gewerkschaften zurückdrängen können. Der heilige Blödmann: der sozialdemokratische Maurerverband, die Partei und die Gewerkschaften eins und, trägt den Söhnen der Gewerkschaften innerer Frieden, nicht Hohngelächter ein. Weil nur der alte Kraft nicht mehr zieht, scheinen die Herren sehr in Verlegenheit gekommen zu sein.

Osterode i. Ostpr. Die am Donnerstag, dem 9. Mai, abgehaltene Versammlung, in der Kollege Frey einen lehrreichen Vortrag hielt, war wiederum sehr schlecht besucht, obgleich seit über einem halben Jahr keine Versammlung stattfand und zu dieser Versammlung jedes Mitglied persönlich eingeladen war. Der Vorstand des hierigen Zweigvereins kann sich die Nachlässigkeit der Mitglieder nicht erklären. Würde der Vorstand, sein Gehilfe ebenso nachlässig verhalten, als die Mitglieder nachlässig sind, dann wäre die Organisation am Ende schon längst wieder eingesunken. Gewiß ist richtig, daß wir bereits im vorigen Jahre sowie auch heuer schlechte Arbeitsgelegenheit zu verzeichnen haben. Gekämpft steht aber doch, daß durch den Einfluß der Organisation die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich bis zum April 1909 geregelt sind, und daß die Unternehmer trotz der schlechten Arbeitsgelegenheiten den höchsten 65 an die anwesenden Kollegen den verhängten Lohn zahlen müssen. Nun durften von den anwesenden Kollegen verlangen, daß sie treu zur Organisation, der sie loyal zu danken haben, halten sollten. Wir wollen in diesem Ton hier nicht weiter reden, sondern den Kollegen zuwenden: Zeigt den alten Schländer zu Hause, tretet wieder, ein jeder nach seiner Kraft, für den besten Ausbau der Organisation ein. Gute und Streitigkeiten gehen aus dem Wege. Nur Einigkeit macht stark. Eine starke und fröhliche Organisation müssen wir haben, daß, wenn unter jeglicher Vertrag durchgegangen ist, wir in stande sind, einen weit besseren Vertrag abzuschließen zu können.

Ulm. Seit einiger Zeit kommen wir wahnehmen, daß der Baumeistermeister A. Schäfer in Neu-Ulm ein richtiger Organisationsstifter ist. Freigeg. bei ihm ein Maurer um Arbeit, so kann es die erste Frage Schäfers: „Sind Sie organisiert?“ Wenn ja: „Dann kann es Sie nicht brauchen.“ Es ist uns aber bis jetzt immer noch gelungen, Schäfer einen Kollegen aufzuholen. Nun aber stellt sich die ganze Sache anders dar, als wir glaubten; nämlich Schäfer ist der Hauptverdächtige, sondern der sehr hervorragende Gewerkschaftler Schäfer. Frey ist B. Vorsteher des Bau- und Stadtwerkes Neu-Ulm; letzter saß jetzt durch Schäfer einen Neubau herstellen. Nun will dieser ausgeschaltete Schäfermaler Frey als Vorsteher genannten Vereins den Bau nur durch Nichtorganisierte herstellen lassen, indem er von Schäfer verlangte, daß er die in letzter Zeit beschäftigten Organisierten entlässe, welchem Verlangen Schäfer auch wohl oder übel Rechnung tragen müsse. Keine Zustände bei den Gewerkschaften! Auf der einen Seite wollen die Gewerkschaftler des Baubauwerker verhindern, daß die z. B. Kollegen aus dem Baubauwerker einen Neubau herstellen. Nun will dieser ausgeschaltete Schäfermaler Frey als Vorsteher genannten Vereins den Bau nur durch Nichtorganisierte herstellen lassen, indem er von Schäfer verlangte, daß er die in letzter Zeit beschäftigten Organisierten entlässe, welchem Verlangen Schäfer auch wohl oder übel Rechnung tragen müsse. Keine Zustände bei den Gewerkschaften!

Waldburg. Mitwoch, den 8. Mai, tagt im „Stern“ in Altwoßet unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der Genossen Kaul aus Breslau über das Thema: „Die Verfassungsfähigkeit des Menschengeschlechts“, referierte. Er entledigte sich seiner Aufgabe mit großem Geschick und erntete reichen Beifall. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wurde über die Sperrre des Thierschen Vorzugsabsatz verhandelt. Die Firma war im Februar schon einmal gesperrt, weil sie einen so erbärmlichen Lohn zahlte, daß damit nicht auszukommen war, nämlich 23½ Δ pro Stunde. Die Firma erhöhte darauf den Lohn auf 25 Δ pro Stunde, aber sie war nicht zu bewegen, den tarifmäßigen Lohn von 20 Δ zu zahlen; und wollte der Direktor mit unserem Vorzugsabsatz nicht verhandeln. Da sich eine Anzahl Streitbrecher gefunden hatten, so wurde unfehlbar die Sperrre aufgehoben. Inzwischen war es uns gelungen, Kollegen in die Fabrik hinzuziehen. Diese wurden wiederum bei der Direktion vorstellig und

forderen den tarifmäßigen Lohn. Da der Direktor aber nur den Lohn auf 87 & pro Stunde erhöhte, so wurde aufs neue die Sperrre über die Fabrik verhängt. Aber schon wieder hatten sich fünf Streikdemonstranten gefunden, darunter zwei Verbandsfellowen, namens Karl Grothe und Joseph Eisner; sie wurden ausgeschlossen. Dann wurde der Kollege Ritter mit einer Strafe von täglich 35 & belegt, die er so lange zu zahlen hat wie die Sperrre dauert, weil er sich des Streikpostens entzogen und andere Arbeit angenommen hat. Als Belegschaftsführer von Ober-Altmässer wurde der Kollege Moritz-Altmässer, 8. Bezirk, 876 gewählt. Kollege Kürle ermahnte dann die Kollegen, nur bei solchen Witten zu verkehren, die uns ihre Dokte zu Versammlungen geben. Mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung schloß Kollege Kürle die Versammlung.

Wurzen. Donnerstag, den 25. April, tagte hier im Restaurant Schützenhaus eine öffentliche Maurerversammlung, die sich abermals mit dem von den Unternehmern vorgelegten Arbeitsvertrag beschäftigte. Der Vertrag wurde einstimmig von der Versammlung abgelehnt. Es wurde beschlossen, den von der Kommission vorgeschlagenen Vertrag den Meistern nochmals vorzulegen. Bei der Wahl eines Beratungsraumes erklärte sich Hoffmann bereit, das Amt noch so lange zu verwalten, bis sich ein geeigneter Kollege gefunden hat. Hierauf berichtete Hoffmann über die Differenzen, die in Schmieden auf dem Neubau von Helm und in Wurzen auf dem Fabrikbau von Wöhrl vorhanden sind. Die Bohrkommission wird beauftragt, Untersuchungen anzuführen, um die Differenzen zu schließen. Weiter befürchtet die Versammlung, daß so zahlreich wie möglich an der Maifeier zu beteiligen. Erneut wurde das Verhalten eines Kollegen scharf verurteilt, der dem von der Versammlung geschaffenen Beschluss, betreffend Gesellenauswahl, nicht nachgekommen ist.

Zentrumskristliche Freiheit.

Es ist kein Grundtag bei uns, auf jede Unwahrheit und Fälschung der christlichen Gewerkschaftsführer im bishen Bezirk einzugehen. Wollten wir das, in dem Maße tun, wie es die "Baugewerkschaft" macht, so reichten die Seiten unseres Organs wohl nicht immer aus, um wie die Heldentaten unserer Brüder in Christo so zu lädtieren, wie es manchmal wäre. Wir sind es ja auch schon gewohnt, daß diese Helden, die in der M. Glabbecker Schule absolviert haben, mit einem "Blattentwurf" ausgerüstet der bis auf die Schule herabsteigt, hinaus in alle Länder gehen, um ihre Weisheit zu verbreiten. Vorin diese besticht, legt uns ja in vielen Fällen die "Baugewerkschaft" selber, und was diese verfümt, holen andere christliche Gewerkschaftsländer mit Freuden nach. Eine solche christliche Freiheit aber möchte ich doch ins rechte Licht rufen. Zu dem Versammlungsbericht von Mühlbach in Nr. 19 der "Baugewerkschaft" macht ein gewisser Becker aus Köln von sich reden. Es wird nämlich darin gefordert, daß am 30. April in Gummersbach eine Versammlung stattgefunden habe, wo unter anderem auch der Unterzeichner mit seinen Freunden erscheinen wäre, um Dienterebreiter unter den Kollegen anzutreten. Es soll ihm aber ergangen sein wie dem Löwenher, dem die Felle fortgeschwommen sind.

Sie hätte nun wohl von dem "christlichen" Bereichsführer erwartet, daß er ein sachliches Bild über die Versammlung gegeben hätte, aber nichts von dem. Es wurde ja dem Vater schon schwer ums Herz, als er den Unterzeichner ins Versammlungslokal entführte. Seine Beklemmung wurde dadurch noch stärker, als er sich das Wort gegeben hatte und erklärte, daß wohl die freien Gewerkschafter mit diskutieren könnten, aber der Kollege Becker könne er unter keinen Umständen das Wort geben. Nach langem Hin und Her einigte man sich. Becker gab sich wieder das Wort und legte nun los. Nachdem er sich seiner Aufgabe, d. h. der Verküpfung der sozialdemokratischen Partei, erledigt — weiter hörte man nichts, das Verammlungsthema hatte Becker ganz vergessen —, holte der Unterzeichner in sachlicher Weise das nach. Als es nun ungefähr 20 Minuten geredet hatte und schließlich auf die Verhandlungen Beckers eingehen wollte, sprang dieser auf und fuhr fortwährend: "Die Niedergelt ist um!" Und der überwachende Beamte glaubte, sich einzumischen zu müssen, indem er noch aufforderte, aufzuhören oder das Wort zu verlassen. Hierauf forderte ich die Kollegen, die mit mir eine Meinung wären, auf, das Wort zu verlassen, worauf eine große Zahl dieser Aufruf folgte, so daß Becker mit seinen Blümchen, die schon alle bei christlichen Organisationen angehörten, im Lokale allein verblieb. Wie unchristlich die sogenannten "christlichen" gehandelt haben, ging daraus hervor, daß selbst Bürger, die im Restaurant saßen, aber die Ausführungen mit angehört hatten, erklärten, es gäbe höchst unchristlich gewesen sei, dem angegriffenen Teil nicht einmal Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen. Wir wissen ja zur Genüge, wes Geschäftsführer wir vor uns haben, aber diese Tatsache hat uns wiederum eine Erfahrung reicher gemacht: daß nämlich die Christlichen zu feig sind, dort, wo es gilt, Augen in Auge ihre Sache zu vertreten.

Aub. Kreisbund, Cöln a. Rh.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 5. bis 11. Mai sind folgende Verträge eingegangen: Von der britisclien Verwaltung in Hamburg M. 700, Altona 500, Mothenohl 200, Eimbeck 200, Martfeld 200, Herzberg (Elster) 100, Tempel 100, Wilhelmsburg 100, Saarland 100, Reira 60. Summe M. 2260.

Zusätzlich erhielten: Gedeepe M. 150, Wiesenleben 120, Buckow 100, Geisnitz 100, Hainstadt 100, Spiegelstein 100, Neukölln 60. Summe M. 730.

Altona, den 11. Mai 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Aus den Verwaltungsstellen.

Berlin. Sonntag, den 5. Mai, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung in der der Koffenbericht vom ersten Quartal gegeben wurde. Die Gesamtsumme betrug insl. Aufschluß aus der Hauptkasse und Bestand vom zweiten Quartal 1906 M. 81 710,41, die Gesamtausgabe M. 72 202,02. Bestand M. 9508,88. In der Sterbefälle deckten sich Ausgabe und Einnahme mit M. 396,45. Die Mitgliederzahl betrug 7118. Aufnahmen waren 177 und gefordert sind 21 Mitglieder. Nachdem die Revisorin die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt hatte, wurde der Kassierer entlastet. An Stelle des ersten Kassierers tritt der, der zum 1. Mai seine Tätigkeit in der bishen Verwaltung aus privaten Gründen aufgab, wurde Julius Michaelis und bei der Nachwahl eines Konsors Adolf Wenzel gewählt.

Freiburg i. Br., den 25. April 1907.

Hieraus, daß hier noch kräfte Mißstände herrschen. Die Bauarbeiteraufsichtskommission hat sich auch in letzter Zeit angelebt, kein laufen, die verschiedenen Aufsichtsorgane auf die bestehenden Mißstände aufmerksam zu machen, und hat sich unter anderem auch an die Südwestliche Baugewerkschaftsgenossenschaft gewandt und sie erachtet, recht bald eine Kontrolle der Bauten vorzunehmen. Wie man aber die Sache dort auffaßt, mag folgendes Anwortschreiben klarlegen:

Herren R. N., Singer a. S.

Die von Ihnen gerigten Mängel bei verschiedenen Bauten in Singen werden wir einer Prüfung unterziehen. Wir können uns jedoch nicht versagen, Sie darüber auszugsweise zu machen, daß es wohl nicht Gould der betreibenden Meister allein sein wird, wenn die Gerüste nicht nach Vorchrift erstellt werden, sondern das Geschuld hieran trifft doch wohl die von Ihnen in Schwier genommenen Arbeiter in weit höherem Maße als den Meister. Der Meister wird das Gerüst nicht selbst erstellt haben, sondern wohl die Arbeiter und wenn diese die bestehenden Vorrichtungen eingehalten hätten, müßte das Gerüst in Ordnung sein. Nach § 58 der Unfallverhütungsvorschriften sind die Arbeiter genau so verantwortlich wie der Arbeitgeber, und wenn die Arbeiter diese Pflicht so erfüllt würden, wie Sie es von den Meistern verlangen, hätten Sie wohl keinen Grund zur Klage.

Südwestliche Baugewerkschaftsgenossenschaft.

Section III, Freiburg i. Br.

Der Vorstand.

Man sieht nun hieraus wieder, wie man die Sache von gewisser Seite betrachtet; die Hauptfeind wird der Arbeiter in die Schule gesetzen. Den Unternehmer, obgleich er oben dessen Unternehmer den ganzen Tag dem Bau beaufsichtigen, trifft keine Schuld. Wenn sollen denn die Leute Gerüste bauen, wenn kein oder ungünstiges Material vorhanden ist? Über wie sollen die Arbeiter die Vorschriften kennen lernen, wenn solche nicht vorhanden sind? Wie sollen die italienischen Arbeiter die Vorschriften kennen lernen, wenn solche, wo sie wirklich vorhanden, nur in deutscher Sprache zur Kenntnis gebracht werden? Trifft der einzelne Arbeiter ist immer schuld, daß Mißstände existieren. Trifft der einzelne Arbeiter aber auf dem Bau für sein Meister ein, dann liegt er aufs Pflicht, dann hat der Arbeiter nichts zu sagen. (Bei Einstufigen Einforderungen bitten wir, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben. Neb. d. "Gebt.")

Wiesbaden. Hier wird jetzt mit Hochdruck an der Fertigstellung des neuen Rathauses gearbeitet, das im Voranlauf zu 3 Millionen Mark Baufosten berechnet, schließlich aber an 6 Millionen Mark kosten wird. Mit welcher Kraft hat diese nachdringlichen Summen untergebracht werden, mußte leider der Kollege Wilhelm Schmidt aus Kloppenheim erfähren, der am 8. Mai, wahrscheinlich durch Überanstrengung, Nacht- und Überlebensarbeit gefolgt, etwa 2 m von einer Leiter fiel und einen Bruch der Fußwurzel erlitt, so daß er in einen Wagen nach seinem Wohnorte gefahren werden mußte.

Bielefeld. Am 8. Mai, früh, ereignete sich auf dem in der Kronprinzstraße belegenen Kommandanten Neubau infolge eines Gerüsteruntersatzes ein Unglücksfall. Im Treppensturz sollten Statthalter eine Arbeit verrichten. Der Mannervorler war mit dem Aufbau des Gerüsts beauftragt. Den dabei arbeitenden Männern, die Rimbholz als Stempel nennen wollten, sagte er, daß Bretter auch genügen. Die oberen Kantretter seien mit "zwei Nägeln" anzuschlagen und das Gerüst habe in frischer Zeit fertig zu sein. Als das Gerüst fertig und durch Material beschwert war, häufte es in die Tiefe, zwei Statthalter und zwei Handlangernden mit sich reißend. Die Verletzten, die sie erlitten, sind zwar nicht schwer, aber doch bedenklich. Außerdem den Verletzten die erste Hilfe geleistet worden war, wurde sofort mit der Räumungsarbeit begonnen und sogar während der Frühstückspause fortgesetzt. An die Defensivfeuerstelle unbendig nichts kommen. Die Polizei war auch selbstverständlich nicht benachrichtigt worden. Wir fragen: wen trifft die Schuld an dem Unfall? Trifft sie den Arbeiter, der den Befehl des Vorgesetzten prompt ausführte? Selbstverständlich wird die Schuld wieder dem Arbeiter in die Schule gesetzen werden!

Aus anderen Berufen.

* Die Aussperrung der Berliner Polzarbeiter, die seit dem 12. Januar d. J. bestand, ist beendet worden. Nach langen Unterhandlungen der Parteien fällt das Einigungskomitee einen Schiedsspruch, der von beiden Parteien angenommen wurde. Auf die Erkrankungen selbst kommen wir noch ausführlicher zurück.

* Die Aussperrung der Maler im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist beendet. Unter dem Vorles des verbleibenden Beigeordneten der Stadt Elsen, Herrn Dr. Wiedfeldt, fanden Verhandlungen statt, die zur Einigung führten. Das Einigungssprotokoll wurde am 8. Mai unterschrieben. Der Tarifvertrag, der sich über 38 Bezirke erstreckt, d. h. größere Oste mit Umgebung, wurde abgeschlossen zwischen dem Arbeitgeberverband für Rheinland-Westfalen und den beiden Schäfnerorganisationen, der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstricker z. Deutschen und dem Christlichen Verband. Der Vertrag läuft am 31. Dezember 1908 und hat mit gutem Erfolge für die Schäfnerfamilie gedeckt.

* Aussperrung der Metallarbeiter im Maingebiet steht bevor. Es handelt sich um einen Städtebund der Unternehmer, weil die Arbeiter der Offenbacher Maschinenindustrie streiken. Die Aussperrung soll am 29. resp. 31. Mai beginnen und wird voraussichtlich gegen 6000 Arbeiter betreffen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Sozialpolitik der Handelsfischer. Das die Haushalter nicht allein die Kaufmänner innerhalb der herrschenden Klassen sind, ist offiziell überall bekannt. Davor zeigt auch wieder eine Nachricht, die uns aus Berlin zugibt. Danach hat der Preußische Landesverband der Hause und Grundbesitzervereine durch seinen Vorsitzenden, den Justizrat Baumers in Spandau, den Magistrat von Berlin aufgefordert, der Berliner Ortsstaaten-

lässe für den Gewerbebetrieb der Kaufleute u. w. die Werbung von Kaufsmitteln zu Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse ihrer Mitglieder zu untersagen. Mit diesen Erhebungen beschäftigt die gebadte Klasse Unterlagen dafür zu gewinnen, in welchen umfangreichen Wohnverhältnissen auf die Gesundheit ihrer Mitglieder einzuwirken. Das ist in Hinsicht auf die Wohnmieten der Arbeiter in den Großstädten, und nicht zuletzt in Berlin, schwerlich ein sehr zweckmäßiges und verdienstliches Beginnen; denn nur durch die Bloßlegung der Statistiken können Reformen angeregt und vorbereitet werden. Das paßt natürlich dieser Gesellschaft nicht, denn sie wollen nach wie vor für ihre erbärmlichen Klassen recht hohe Mieten einfordern und es vor allem nicht offenbar werden lassen, wie die Wohnungen der Arbeiter beschaffen sind. Der Magistrat als Aufsichtsbehörde der Ortsräte kann das nun verhindern. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Magistrat dazu hergibt, die Anträge der Hausbesitzer auszuführen.

Polizei und Gerichte.

* In Sorge um das Arbeiterswohl. Es gibt immer noch eine große Zahl Mitglieder, die behaupten, die Polizeiorgane in Preußen-Deutschland seien nicht in genügendem Maße um das Wohlergehen der Untertanen, besonders der frei organisierten Arbeiter, besorgt. Dass dem durchaus nicht so ist, kann einem neuen Beispiel beweisen werden. Wir hoffen, durch Bekanntgabe deselben dazu beauftragt, dass endlich diejenigen Abgeordneten Ende nimmt. Hatten da unsere Kollegen der Zehnstädte *Hof*, im Einster — *Pardon!* — im Münsterlande gelegen, nach vieler Mühe ein Plätzchen gefunden, wo sie zwar nicht etwa Versammlungen abhalten, aber doch wenigstens die Verträge einfässtern und das Allerwichtigste zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Fühlung beobachten konnten. Aber der Mensch denkt und die preußische Polizei lernt. Als wir uns am Sonntag, den 5. Mai, wieder zum gebrochenen Zweite im Total eingefunden hatten, erklärte der Beamter, dass die Bevölkerung mit einem Strafmandat von 15 bezw. mit einer Verladung aus Amt befreit werden sei. Aus diesen Gründen sollte uns das bisher denkende Plätzchen verworfen werden, doch durften wir uns noch darin niederlassen. Kaum hatten aber alle Anwesenden, etwa 10 bis 12 Personen, Platz gefunden, da erschien die heilige Hernandina in Gestalt zweier wohlbleibender Polizisten und erklärete sich recht eingesetzt nach den Vorschriften. Darauf wurde, in stoischer Ruhe, erwirkt, dass es einen solchen hier nicht geben; den müssten sie schon anderwohin suchen. Hierauf erfolgte die Feststellung aller Namen; dann ließ man uns in Ruhe. Wir wurden nicht zum Tempel hinausgejagt wie heimert in Gladbeck. Ob die ausfließenden Organe hierzu keinen Auftrag hatten, oder ob sie sich nicht sicher waren, dass ihre Bewegung sowieso reiche, oder ob sie aus Sorge um unserseren Wohlergehen so handelten, hat man uns nicht mitgeteilt, und gefragt haben wir auch nicht, da wir nicht als allzu neugierig erscheinen wollten.

Wenn man alles trifft, was das diese Ende in Form von Strafmandaten wohl bald nachkommen.

Sollte sich die Polizei der öbrigen Hoffnung hingeben, durch solche Mittelchen unsere Kollegen der Organisation abzutun zu machen, sie vielleicht zu Hurrappatröten umarbeiten zu können, so sind das eben Illusionen, die niemals in Erfüllung gehen werden. Unsere Kollegen werden im Gegenteil erst recht alles daran setzen, dass unter Einfluss immer größer und mächtiger werde, damit derartige Staatsaktionen zur Unmöglichkeit werden.

Rebeneß gestatten wir uns, der Hochter Polizeibehörde einen Fingerzeig zu geben, nach welcher Richtung sie nach unserer unmissgeblichen Meinung ihren Tatendrang besser bestredigen könnte. Sie möge nämlich für besseren Bauarbeiterkampf sorgen, damit so traurige Unfälle wie der unseres Kollegen Gogolin, der seinen Tod zur Folge hatte, möglichst vermieden werden.

Eingegangene Schriften.

Die Neue Zeit (Stuttgart, Paul Singer), Heft 82 des Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: *Parteiangehörigkeit*. — *Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels*. Von Franz Weixling. (Fortsetzung.) — *Denentheorie und Kapitalgewinn*. Von Julius Deutsch. — *Das nationale Schwind und der nationale kleine Landmann*. Von Herm. Linde (Königsberg). — *Die geplante Witwen- und Waisenfürsorge*. Von Friedrich Kleets (Wurzen). — *Ein Denkchrist der Marinearbeiter*. Von Richard Wagner. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und lith. Braun. Verlag: Berlin W 16, Palzburgerstr. 12. Preis für das Einzelheft 10 S . Probeheft kostenlos! Heft 7. Aus dem Inhalt heben wir hervor: *Carl Seeger*: Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes. — Ludwig Feuerh.: Der Entwurf des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kavat. zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Band I, broschiert 15 S , in Leinen gebunden 15,50, in Halbfax 12,50; und in 17 Bistürungen 10 S .

Im Auftrage der Berliner Parteigenossen hat Bernstein die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung herausgegeben. Der erste Band ist jedoch erschienen. Das ganze Werk umfasst drei Teile. Der vorliegende erste Band schildert die Bewegung der Berliner Arbeiter in der Zeit von der Revolution des Jahres 1848 bis zum Erlass des Sozialistengesetzes im Jahre 1878. Der zweite Teil wird die zwölf Jahre unter der Herrschaft des Schadegesetzes 1878—1890 und der dritte Teil die Entwicklung vom Jahre 1890 bis zur Gründung des Zentralverbundes von Groß-Berlin im Jahre 1905 behandeln. Die beiden letzten Teile werden ebenfalls einen Band umfassen.

Bestellungen auf die alle 14 Tage erscheinenden Hefte sowie auch auf die kompletten Bände nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurin sowie der Verlag entgegen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde sozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Stedtum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Bindenst. 69. Heft Nr. 18. Probenummern sind jederzeit ganz kostenlos vom Verlag zu haben.

Sozialistische Literatur, zwei Vorträge von Paul Lenz. Verlag der *Leipziger Volkszeitung*. Preis 15 S .

Der Kampf der Arbeiter, von Anton Pannhoef. Verlag der Leipziger Buchdrucker A. G. in Leipzig. Preis 20 S .

Sozialistisches. Volksstücke. Vorträge aus dem Gebiete des proletarischen Monuments. Von Ernst Untermann. XVI und 142 Seiten. Preis gebunden 15 S . Verlag von J. H. W. Dietrich Nachf. in Stuttgart.

Die „Gleichheit“. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer). Nr. 10 des 17. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 S ; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierterjährlich ohne Bestellung 65 S , unter Abonnement 85 S . Jahresabonnement 12,50.

Der „Wahre Jacob“, 10. Nummer seines 24. Jahrgangs. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir einen umfangreichen Artikel Robert Schwedel. Ein Volkswirt und Dichter von Ernst Kreuzer, den ein gutes Porträt des verstorbenen Parteigenossen beigegeben ist. Ferner enthält die Nummer zwei farbige Bilder „Wahlberwandlung“ und „Eine Vorahnung der Schwarzen Hundert“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer 10 S .

Der „Süddeutsche Postillon“ Nr. 10 enthält als sachiges Liebling den erprobten Polizeibericht Nr. 1. Auf dem einen der gemalten Motivbilder sehen wir die Grobmäder der Welt mit mächtigen Revolfern den heiligen Weg zum ewigen Frieden erklimmen. — Die Nummer ist von Wiss und aufsehender Satire. Preis vierterjährlich 65 S , die Nummer 10 S .

Briefkasten.

Bremenhaven, St. „Grundstein“-Einfäden 1906 sind vergriffen.

Westerland, B. Nein.

Driesten, Verlängerungsanzeige kam zu spät.

Kolmar i. Posen. Ja, ja! Sobald es soweit ist, wird auch der Zug fahren.

Badenburg, A. G. Wir bitten um einen Bericht über die Sperrre, da wir sie erst vor vier Wochen im Register gesetzten haben.

Görlitz, W. Pf. Dein Wunsch war leider nicht zu erfüllen. Als der Brief einging, war die Nr. 18 schon abgedruckt.

Friedrichsfelde. Trotz des Appells an unter demokratisches Gefühl müssen wir es ablehnen, Deinem Antrag zum Abspruch zu verhelfen. Bei einem Nachdenken wird Du auch selbst finden, dass er sozial ohne jede Bedeutung ist, und dass auch die Straftätschre durchaus keine Freude des „Grundstein“ sein würden. Wo wir sollen wir aller Welt zeigen, dass auch Du zu denen gehörst, die lieber schimpfen als jüdisch diskutieren. Diese Unart lasst mir doch lieber nicht über den Kreis der „Familie“ bekannt werden.

B. 100. In fünf Jahren.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zentralen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen nun innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 10 S .

Bautzen. Am 9. Mai starb unser treuer Verbandskollege Johann Stahlmann im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung.

Berlin. Am 8. Mai starb unser Kollege Rudolf Lamprecht im Alter von 64 Jahren an Lungenerkrankung.

Cottbus. Am 21. April starb das Mitglied Wilh. Huske an Herzkrankung.

Spandau. Am 7. Mai starb der Kollege Karl Severin im Alter von 28 Jahren an Gehirnerkrankung.

Gotha. Am 9. Mai starb nach langerem Leiden unser Verbandskollege Paul Menz im Alter von 40 Jahren an Rektoskopischphthisis.

Marzheim. Am 5. Mai verschied unser treuer Verbandskollege Paul Krell im Alter von 20 Jahren infolge eines Autounfalls an Schädelbruch.

München. Am 6. Mai starb unser Kollege Andreas Klaus im Alter von 29 Jahren an der Protestanterkrankheit.

Stolp. Am 6. Mai starb unser Kollege Georg Biermeier im Alter von 29 Jahren an der Protestanterkrankheit.

Neuruppin. Am 27. April starb unser treuer Mitglied Rudolf Kalbow im Alter von 53 Jahren an Herzkrankung.

Stettin-Schönbeck. Am 11. Mai starb unser treuer Verbandskollege Hinrich Flathmann im Alter von 30 Jahren an Lungenerkrankung.

Stuttgart. In Schwäbisch Gmünd starb unser Kollege Friedrich Schäle im Alter von 56 Jahren an Lungenerkrankung.

Waldheim. Am 5. Mai starb nach langlem Leiden unser Verbandskollege Karl Tesar im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung.

Bielefeld-Bielefeld. Am 5. Mai starb der Kollege Adolf Kaltwasser im Alter von 27 Jahren nach Lungenkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Stettin.

Der erste Kassier Wilhelm Korth wohnt jetzt: Warsowstr. 29. [M. 1,20]. Der Vorstand.

Züllichau.

Der erste Vorstand des Zweigvereins, Wilhelm Diepolz, wohnt jetzt Langstr. 66, 1. Etage. [1,20]

Achtung, Nolandsbrüder!

Alle Wünsche und Anträge sind an den Hauptvorsitzenden Centralleitung Jena i. Th. zu richten. Adresse ist: Albert König, Jena i. Th., Johannisstr. 7, 1. Et. Centralleitung. [M. 1,80]

Der Kollege Karl Walter, geboren den 19. Juli 1883 zu Posen, wird erachtet, zu seiner frischen Witter zurückzukehren, denjenigen, die ihm könnten, mögen ihn darauf aufmerksam machen oder uns seinen Aufenthalt mitteilen. [1,50] Der Vorstand des Zweigvereins Posen.

Aufforderung.

Der Maurer Friedrich Kessler aus Waldrode, zuletzt in Wetzl. Westf., wird erachtet, unverzüglich seiner Familie Nachricht zuinformieren, dass er auf dem Außenhof des Gebäudes bekannt ist, mögen dies an Wilhelm Meyer, Kassier des Zweigvereins Waldrode, mitteilen. [M. 2,10]

Der Kollege Herm. Fritz, geb. den 14. November 1886 zu Böhlenberg, Verb.-Nr. 198 198, wird von seinen Eltern gebeten, seine Adresse bekannt zu geben. Mitteilung von Kollegen, die ihm könnten, mögen ihn darauf aufmerksam machen oder uns seinen Aufenthalt mitteilen. [M. 1,50]

Essen a. d. Ruhr.

Unfalllich unserer Gauforumtag veranstaltet der hierzige Zweigverein zu Ehren der Delegierten in den Salen der „Borussia“ am Sonntag, den 26. Mai, Abends 19 Uhr, einen

Großen Kommers

verbunden mit Festrede, Konzert, Sangs- und humor. Vorträgen. Eintrittspreis für Herren 80 S , Damen frei. Hierzu sind alle Verbandsstädte mit ihren Familien freudlich eingeladen. [M. 8,90] Das Festkomitee.

Hof a. d. Saale.

Sonntagnachmittag, den 1. Juni, Abends 8 Uhr:

Zwölftes Stiftungsfest

in der „Vereinshalle“.

Sämtliche Mitglieder sowie die der umliegenden Zweigvereine und Bahnhöfen sind hierzu freudlich eingeladen. [M. 8] Der Vorstand.

Schwetzingen.

Sonntag, den 2. Juni:

Drifles Stiftungsfest

verbunden mit Fahnenweihe.

Alle Kollegen von Schwetzingen und Umgebung sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 8] Das Komitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandsstädte werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 18. Mai:

Bergedorf, abends 8 Uhr im Hotel „St. Petersburg“, D. Bandstr.

Sonntag, den 19. Mai (1. Pfingstferiertag).

Lochau. Im Löder'schen Gasthof in Riegels. Mitgliedsbächer mitbringen. Wiesenburg. Nachm. 8 Uhr im Vereinslokal.

Diensstag, den 21. Mai:

Freystadt. Nachm. 8 Uhr im „Gasthof zum goldenen Schwan“. Bücher, Freystadt, sind mitzubringen.

Donnerstag, den 23. Mai:

Cöln. Bücher und Bürger. Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Bombach, Kämmergasse 18. T.O.: Heiratsbeschaffung. Verschiedenes.

Sonnabend, den 25. Mai:

Crosstitz. Im Gasthof Groß-Großbächer.

Sonntag, den 26. Mai:

Hof a. d. Saale. Nachm. 8 Uhr in der „Guten Quelle“, Peterstraße. Mitgliedsbächer sind mitzubringen.

Züllichau.

Nachm. 8 Uhr. Mitgliedsbächer sind mitzubringen.

Zentral-Krankenhaus der Maurer usw.

Montag, den 20. Mai (2. Pfingstferiertag). Trebitsch. Nachm. 8 Uhr beim Gastwirt Hanauer in Trebitschseit.

Mittwoch, den 22. Mai:

Schwerin i. Meckl. abends 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus Gr. Moor 51.

Sonntag, den 26. Mai:

Rixdorf. Vorab. präz. 10 Uhr bei Tel. Freig. 151—152. T.O.: Wahl des ersten Vorstandes und ersten Bevollmächtigten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Huer & Co. Hamburg.